

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sontage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1<sup>½</sup> Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24<sup>½</sup> Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 28. Juni. Se. R. H. der Pri-  
Majestät des Königs, Allergnädigst geruh: D-  
künfte im K. belgischen Ministerium des Innern  
Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Förfi-  
und dem Konzil Stolte zu Neapel den Rothen A-  
der Schleife, so wie dem Attache bei der General-  
kunst im K. belgischen Ministerium des Innern, van Soust de Vorrenfeldt zu  
Brüssel, und den Malern G. Güssen und J. Swerts zu Antwerpen den  
Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; auch dem Grafen v. Golt-  
stein zu Breitl. im Kreise Geilenkirchen, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm  
verliehenen Johanniter-Malteser-Ordens, so wie dem Regierungspräsidenten  
von Wedell zu Merseburg zur Anlegung des ihm verliehenen Fürstl. schwärz-  
burgischen Ehrenkreuzes erster Klasse, und dem Regierungsrath von Ba-  
rzewski ebendaebst zur Anlegung des ihm verliehenen Fürstl. schwärz-  
burgischen Ehrenkreuzes zweiter Klasse zu ertheilen.

Der durchlauchtigste Herrenmeister des Johanniter-Ordens, Prinz Karl von Preußen, Königlich Hoheit, haben den nachgezeichneten Ehrenrittern des Ordens: Dem Oberstleutnant a. D., erbliches Mitglied des Herrenhauses, Karl Adolf Christian Grafen v. Hardenberg auf Neu-  
hardenberg, dem Oberlandesgerichtsrath a. D., Mitglied des Herrenhauses, Leopold Ebner, v. Rothkirch und Trach auf Bärdsdorf, Kreis Goldberg-Haynau, dem Erbtruchsess der Kurmark Brandenburg, Heinrich Moritz Albrecht v. Graevenitz auf Dueß bei Börbig, Kreis Bitterfeld, dem Rittergutsbesitzer Karl Adolph Alexander Ehren, v. Hertenberg, Kreis Templin, dem Landrat des Kreises Torgau, K. bayrischen Major a. D., und Kammerer Maximilian Karl Kurt Clemens Grafen v. Seydewitz auf Pülswerda, Kreis Torgau, dem Landortmeister im Finanzministerium, Hilmar v. Schönfeld zu Berlin, dem Kammerherrn, Erb-Land-Marschall im Herzogthum Schlesien und Landessäte-  
ten, erbliches Mitglied des Herrenhauses, Erdmann Karl Gottlob Gra-  
fen v. Sandrezy-Sandraschütz, auf Langenbielau, Kreis Reichenbach, dem Gen. Leut. und Kommand. der 12. Div. Louis v. Mutius, dem Sandratz des Kreises Preuß. Holland, Wilhelm Ehren, v. Schröter, auf Angnitten, Kr. Preuß. Holland, dem Ministerialrath, zu Rio de Janeiro und Rittmeister a. D., Karl Bernhard Max Ehren, v. Menzenbach, dem Rittergutsbesitzer Adolph Ehren, v. Bodenschwing-Plettenberg, auf Haus Sandfort, Kreis Eininghausen, dem Fürstl. Schwarzb. Sonderhaus, Oberstallmeister und Chef des Hofmarschall-  
Amtes, Theodor Hermann v. Bürmb., zu Sonderhausen, dem k. k. österreich. Maj. a. D. u. Kammerer Alfred Grafen v. Degenfeld-Schonburg, auf Schloss Böbach bei Geislingen, im Königl. Württemberg, dem Oberreg. Rath und Abth.-  
Dirigenten bei der Regierung in Posen, Georg Karl Wilhelm Ehren, v. von Münschhausen, dem Landrat des Kreises Gardeslegen Friedrich Wilhelm v. Kröcher, dem Regationsrat Paul Otto Werner v. d. Schulenburg, auf Ramstedt bei Kolbitz, Kreis Wolmirstedt, dem Oberst-  
Leutnant und Kom-  
mandeur des Garde-Kürassier-Regiments, Albert Freiherrn v. Rheinbaben, dem Major a. D. und Kammerherrn Emanuel Burgrafen und Grafen zu Dohna auf Genthin, Kreis Preußisch Holland, dem Rittmeister a. D. und Ritterguts-  
besitzer Botho v. Oldenburg, auf Beisleden, Kreis Preußisch Eylau, dem Regierungs-Präsidenten Werner v. Selchow zu Frankfurt a. D., dem Landschafts-  
Deputirten und Rittergutsbesitzer Carl Heinrich Franz Freiherrn v. Sobek, auf Barrenbüll, Kreis Demmin, dem Herrschafts-Behörden Gustav Otto Grafen v. Büttich, zu Berlin, dem Rittmeister a. D. und Landrat des Kreises Altena, Arnold Ludwig v. Holzbrink, dem Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer Udo Gebhard Ferdinand v. Alvensleben, auf Wittenmoor, Kr. Stendal, dem Land-  
schafts-Direktor und Rittergutsbesitzer Albrecht v. Hagen, auf Premslaff, Kreis Regenwalde, dem Landschafts-Deputirten und Rittergutsbesitzer Moritz Karl Henning v. Blankenburg, auf Zimmerhausen, Kr. Degenwalde, am 25. d. M. den Ritterschlag und die Investitur erhielt.

Se. R. H. der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist am 25. d. von Sonnenburg in Potsdam wieder eingetroffen und vorgestern nach Stettin abgereist.

Angekommen: Se. Exzellenz der Erb-Land-Marschall im Herzogthum Schlesien und Kammerherr, Graf von Sandrezy-Sandraschütz, von Langenbielau.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch, 27. Juni Abends. Die Turiner "Unione" vom gestrigen Tage meldet, daß der französische Gesandte und der russische Geschäftsträger daselbst mit dem Grafen Cabour letzten Montag zweimal konferirt hätten.

Torrearsa, ein Günstling Garibaldi's, hat Lafarina, der unter dem Schutze Cabour's um das Conseilpräsidium und das Diktatur-Vifariat auf Sicilien sich beworben hatte, verdrängt.

Paris, Mittwoch, 27. Juni. Weitere hier eingegangene Depeschen aus Neapel bestätigen die Nachricht, daß die Verleihung einer Konstitution und eine Allianz mit Piemont beabsichtigt werde. Spinelli soll mit Bildung eines Ministeriums beauftragt sein, in welchem Martino das Portefeuille des Neuzern übernehmen soll. Sicilien solle einen Vizekönig erhalten.

(Eingeg. 28. Juni 8 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 27. Juni. Falsche Gerüchte aus Baden; die Unterhandlungen zwischen Preußen und Österreich; französische Friedensdemonstrationen.] Seit einigen Tagen sind allerlei wunderliche Gerüchte in Umlauf, welche sich für geflügelte Botschaften aus dem heimsten Verschluß der Kabinete ausgeben, aber bei näherer Besichtigung als bloße Lustgestalten erkannt werden. Zu den albernen Erfindungen gehört es z. B., daß in Baden-Baden die deutschen Fürsten aus dem Würzburger Lager dem Prinz-Regenten das Ansinnen gestellt hätten, sein Ministerium zu entlassen und zu Bundes-Polizeimaßregeln gegen den "Nationalverein" mitzumachen. Es ist denkbar, daß solche Wünsche in den Köpfen der Herren v. Beust und v. Borties spukten, aber sie sind zuverlässig nicht als bestimmter Antrag in der Fürstenberatung zu Tage getreten, sondern haben sich höchstens in einigen behutsam-vertraulichen Anspielungen hervorgewagt. Solche Nachrichten werden von den Blättern ausgebeutet, welche sich ein Geschäft daraus machen, den Hader zwischen den neuen Bundesgenossen immer von Neuem anzufachen, und verdienen

sich deshalb in der Regel keinen Glauben. — Auch die Mittheilungen über die angebahnte Verständigung zwischen Preußen und Österreich sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Richtig ist, daß die Unterhandlungen zwischen den beiden deutschen Großmächten in erfreulicher Weise vorstreden. Es scheint allerdings, als wenn das Wiener Kabinett auf dem Wege wäre, den preußischen Forderungen in Betreff der Überleitung der Bundesstruppen in wesentlichen Punkten entgegenzukommen und seine Zugeständnisse nicht von unerfüllbaren Bedingungen abhängig zu machen. Dies geht schon aus einer Instruktion des Grafen Reichberg an den Grafen Karolyi hervor (wir hielten sie unten mit, sind aber nicht ganz dieser Ansicht; d. Red.), welche in den heute angelkommenen Wiener Blättern zu lesen ist. Inzwischen soll sogar, wie ich aus guter Quelle erfahre, die Verständigung schon zu bestimmter Ergebnissen gelangt sein. Dennoch sind die Angaben, daß bereits Feststellungen über das Kommando des Bundesheeres vereinbart seien, und daß Österreich einen Militärbevollmächtigten zu militärischen Konferenzen in Baden abgesandt habe (so meldet auch eine Wiener Depeche der "Times"), keineswegs begründet. Es finden zur Zeit keine Militärkonferenzen in Baden statt, und die Reise des Kriegsministers dahin steht nicht mit solchen Verhandlungen im Zusammenhange, sondern ist ganz einfach durch die laufenden Geschäfte unseres Kriegsdepartements zu erklären. — Napoleon hat in Baden-Baden sich gelegentlich dahin ausgesprochen, daß er bereit wäre, seine friedlichen Ansichten tatsächlich durch Verminderung seines Heeres und ähnliche Maßnahmen zu betätigen, wenn er auf gleiches Entgegenkommen von Seiten Preußens Aussicht hätte. Ein zweiten hat er, wie aus Paris berichtet wird, Befehl gegeben, die bisher an den Ostgrenzen Frankreichs angeordneten Truppenkonzentrationen aufzulösen.

CBerlin, 27. Juni. [Vom Hofe; Personalien.] In letzter Zeit haben der König und die Königin auf den Spazierfahrten oft in dem reizend gelegenen Lustschloß Lindstaedt, von Sanssouci etwa  $\frac{3}{4}$  Stunden entfernt, verweilt. Das Schloß, zu welchem der König etwa ein Jahr vor seiner betrübenden Krankheit den Grundstein gelegt hat, ist erst im vorigen Jahre vollendet worden. — Heute Abend ist der Prinz Karl mit seinen beiden Adjutanten, dem Major v. Wiegand und dem Hauptmann Mieschitschek v. Wischau, zunächst nach Schlangenbad abgereist. Bei der Kaiserin Mutter gedenkt der Prinz etwa 4 Tage zu verweilen und dann in Baden-Baden seinen Aufenthalt zu nehmen. Der Prinz Albrecht, welcher Morgen nach Wildbad abreist, verabschiedete sich heute bei den hohen Herrschaften in Potsdam und dinierte mit seinen beiden Kindern im Marly-Schlosse. Soweit bis jetzt bestimmt, fehren die Prinzen und Prinzessinen Mitte Juli sämtlich aus den Bädern hierher zurück; spätestens am 17. Juli will die Kaiserin Mutter auf Schloss Sanssouci eintreffen, und um dieselbe Zeit kommen auch die Königin von Bayern, die Mecklenburger Herrschaften, der Prinz und die Prinzessin Friedrich der Niederlande, die Prinzessin Elisabeth von Hessen und bei Rhein und andere unserm Königshause verwandte fürstliche Personen zur Feier des Sterbetaags der hochseligen Königin Louise an den Hof. Behauptet wird, daß auch der Kaiser Alexander nach Berlin kommen, zuvor aber mit dem Prinz-Regenten und anderen regierenden Fürsten eine Zusammentunft in Wildbad haben werde. — Der Fürst von Hohenzollern wird in etwa 14 Tagen hier erwartet; gegenwärtig befindet sich derselbe in Sigmaringen, wo er einige Bauten ausführen läßt. Aufs Neue taucht das Gerücht auf, daß der Fürst nur noch bis zum Herbst in Berlin bleiben werde. — Der Kriegsminister v. Roon ist heute Abend nach Baden-Baden abgereist und wird einige Tage daselbst bleiben. Der Minister v. Schleinitz ist ebenfalls nach dort, und wie mir heute mitgetheilt worden ist, weiß man noch gar nicht, wann er hierher zurückkehrt. Der Minister des Innern, Graf v. Schwerin, ist von seinem Gute Rogatz hier wieder eingetroffen, wird aber schon in nächster Woche seine Badereise antreten. — Der russische Militärbevollmächtigte, General Graf Adlerberg, der vor einigen Monaten mit seiner Gemahlin nach dem Orient abreiste und längere Zeit in Jerusalem sich niedergelassen hatte, ist auf der Rückreise über Wien in Köslin bei seiner Schwester, der Gräfin Erchenfeld, eingetroffen, wo er einige Tage verweilen und alsdann im Laufe der nächsten Woche mit seiner Gemahlin hierher zurückkehren wird. Während der Dauer des Sommers will der Graf seinen Aufenthalt in Potsdam nehmen.

\* \* Berlin, 26. Juni. [Preußische Diplomaten in Italien; das Unterrichtsgesetz; Hr. Dapples.] Wir erfahren heute, daß Graf Perponcher, vielleicht in Folge erhaltener Bestellung, vorläufig noch nicht auf seinen Posten nach Neapel abgeht. Graf Canitz macht unterdessen von Rom aus zeitweise Abstechen nach Neapel. Bei dieser Gelegenheit sei bemerk't, daß die Berichte, welche der General v. Wildenbruch seiner Zeit aus Italien hierher abstattete, nicht bloß mit denjenigen des Herrn v. Neumont, sondern auch mit denen des Grafen Canitz im Widerspruch standen, und daß Herr v. Wildenbruch mit der ihm eigenthümlichen Schärfe der Beobachtung alle Ereignisse vor und seit der Annexion angedeutet hat. — Hr. v. Bethmann-Hollweg hält redlich Wort. An dem in Aussicht gestellten Unterrichtsgesetz wird rüdig gearbeitet, und es ist alle Hoffnung vorhanden, daß dies wichtige Gesetz schon im Laufe der nächsten Session dem Landtag vorgelegt werden können. — Herr Dapples, der schweizer Abgesandte, ist, wie sich vorhersehen ließ, unbefriedigt aus Petersburg hierher zurückgekehrt und hat bereits Berlin verlassen, um in Bern Bericht zu erstatten. Hätte die Schweiz geschulte Diplomaten gehabt, sie würde ihre Sache besser in's Werk gesetzt und besser durchgeführt haben.

\* \* Berlin, 27. Juni. [Handelsvertrag mit Frankreich; der Stader Zoll; projektirte Telegraphenkonferenz.] In den internationalen Beziehungen der europäischen Staaten giebt sich ganz unzweideutig der Wunsch zu erkennen, durch Verträge neue Verbindungen einzugehen und die gegenseitigen Interessen durch Ausgleich fester aneinander zu knüpfen, alte und veraltete Schranken hingegen, welche dem freien Verkehr hindernd im Wege stehen, zu beseitigen. Wir waren in der Lage, zuerst unsere Leute über die von Seiten Frankreichs gethanen Schritte zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland zu informiren und werden binnen kurzem Näheres hierüber mittheilen können. Wir glauben heute eine bedeutende Reduktion des Zolltariffs, welche in einem der Nachbarstaaten bevorsteht, ankündigen zu dürfen, wollen aber gleich hinzufügen, daß wir nicht von Rußland sprechen. Außerdem erfahren wir von unserem Korrespondenten in Hannover, daß der englisch-hannoversche Vertrag wegen des Stader Zolls bis zum 14. November d. J. verlängert worden ist. Gleichzeitig soll das englische Kabinett einen auf die Ablösung dieses Zolls bezüglichen Vorschlag gemacht haben, wonach die Gesamtzahlungsumme auf 3 Millionen Thaler festgesetzt werden soll, wovon 1 Million von England, 1 Million von Hamburg und die dritte Million von den übrigen Beteiligten zu zahlen sein würde. Wir haben nicht erfahren, ob unter den Beteiligten auch diejenigen Staaten, welche durch keinen Vertrag zur Entrichtung des Zolls verpflichtet, begriffen sind. — Es lag Ansichts in der Absicht der holändischen Regierung, die Mitglieder des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins zu einer Generalkonferenz einzuladen, welche im August in Haag zusammen treten sollte; es handelte sich, so hieß es, um neue Reduktionen im Tarif u. s. w. Diese Absicht scheint aufgegeben zu sein, nachdem mehrere Mitglieder die Notwendigkeit der Konferenz in Zweifel gezogen hatten.

[Der Unterricht in den Divisionschulen.] Nachdem durch die Kabinets-Ordre vom 6. Februar d. J. für die k. Divisionschulen ein abgekürzter Lehrkursus von 4 — 6 Monaten angeordnet ist, hat der Generalinspektor des Militärerziehungs- und Bildungswesens, v. Peucker, bald nach diesem Erlass den Direktoren die Anweisung ertheilt, dafür zu sorgen, daß der kürzere Bildungsprozeß nicht durch die oberflächliche Behandlung einer mechanischen Abrichtungsmethode, sondern durch eine zweckmäßige Verkürzung des Lehrstoffes erzielt werde. Die Divisionschüler sollen innerhalb der Grenzen des befrankten Umfangs der kriegerischen wissenschaftlichen Bildung volle Sicherheit gewinnen, so daß sie später mit Leichtigkeit ihre Studien weiter fortsetzen können. Für die in formaler und kriegerisch-wissenschaftlicher Bildung bereits weiter Vorgebrachten ist die Bildung von Parallelklassen angeordnet, und die Erwartung ausgesprochen, daß hier auch die Überwältigung des vollständigen Stoffs in 4 Monaten gelingen werde. Um nun bei dem Unterricht der übrigen Divisionschüler die nothwendige Übereinstimmung in der Beschränkung des Umfangs der Lehrstoffe zu erzielen, sind vom General v. Peucker detaillierte Anweisungen erfolgt, welche unter Hinteransetzung des rein theoretischen und historischen Stoffs besonders die sorgfältigste Aufmerksamkeit auf das richten, was der Subalternoffizier im Kriegsdienste gründlich wissen muß. Dahin gehören besonders die Gefechtsverhältnisse der 3 Waffen unter allen Terrainverhältnissen, die Marsche, die Marsch Sicherheit, die Marschgeschäfte, die Bivouats, der Vorpostendienst, der kleine Krieg. Mit besonderer Sorgfalt soll die Konstruktion und Handhabung der Handfeuerwaffe, das Schäppen der Entfernung, die Anfertigung, Aufbewahrung und der Transport der Taschenmunition, der Bau von Feldbefestigungen u. s. w. behandelt werden. Eindringlich wird vor jeder theoretischen Weitschweifigkeit gewarnt, und eine lebendige, auf das Wesen der Sache gerichtete Behandlung des Stoffs anempfohlen. Bei dieser durchaus praktischen und das Wesen des militärischen Geistes erfassenden Anordnung ist es nicht zu bezweifeln, daß die in nächster Zeit in die Armee eintretenden Offiziere vollkommen kriegstüchtig vor- und durchgebildet sind. (Sp. 3.)

[Warnung für Auswanderer.] Die Pr. schreibt: Durch eine Verordnung des Handelsministers vom 3. November v. J. sind bekanntlich sämmtliche Konzessionen für Agenturen zur Förderung von Auswanderen nach Brasilien zurückgezogen worden. Die Agenten scheinen dessenungeachtet ihr Geschäft fortzuführen, indem man Mittel und Wege findet, die armen verblendeten und durch Versprechungen aller Art für die Auswanderung gewonnenen Menschen nach Hamburg zu locken, und dort erst, natürlich schon zu spät, sie über die Bedingungen der Auswanderung aufzklärt. Um sie recht sicher zu machen und festzuhalten, läßt man die armen Arbeiter noch eine kleine Summe gewissermaßen als Kauflohn vor der Abreise nach Hamburg einsenden und zwingt sie so, um nicht das Geld im Stich zu lassen, die Reise nach Hamburg zu unternehmen und allen Mahnungen und Warnungen entgegenzusezen. Dieser Tage ging wieder ein Transport solcher Unglücklichen von hier nach Hamburg ab, um sich dort nach Süd-Brasilien einzuschiffen. Sie kamen aus der Gegend von Köslin, und hatten alle vor ihrer Abreise bereits kleine Summen nach Hamburg eingeschickt, ohne die Bedingung zu kennen, unter denen ihre Überfahrt erfolgen soll, und die man erst in Hamburg mit ihnen festsetzen will. Die Leute geben sich also schutz- und rechtslos in die Hände von Agenten, ohne auch nur die geringste Garantie für ihre Zukunft zu haben.

Bückau, 26. Juni. [Beschränkung des Vereinsrechts.] Einer auf den 19. d. M. rechtzeitig angemeldeten Ver- sammlung wurde die

ngsbeschleunigung

aus dem Grunde verweigert, weil die Versammlungen nun schon seit Jahresfrist regelmäßig stattgefunden, und die Zuhörer fast immer dieselben gewesen; deshalb könne der §. 1 des Gesetzes vom 11. März 1850 nicht mehr in Anwendung kommen, vielmehr hätten die Versammlungslustigen sich als Verein zu konstituieren. Das Gesetz vom 11. März 1850 kennt diese beschränkenden Momente nicht, und wenn es der individuellen Ansicht irgend eines Polizeiverwalters anheimgegeben sein sollte, nach ein- oder mehrmaliger Wiederholung von Versammlungen verlangen zu können, daß die Betreffenden sich als Verein zu konstituieren hätten, so wäre das verfassungsmäßig verbürgte Versammlungsrecht vollständig in Frage gestellt; eine desfallsige Beschwerde ist denn auch, zunächst an die königliche Regierung, bereits abgegangen. (M. 3)

Danzig, 26. Juni. [Martine.] Die beiden in Dienst gestellten Schiffe Brigg „Hela“ und Korvette „Amazone“ werden heute die Rhede verlassen und zunächst nach Swinemünde segeln. (D. D.)

Essen, 26. Juni. [Bergleute nach Rußland.] In unserer Stadt befindet sich gegenwärtig ein russischer Agent, in der Absicht, tausend Bergleute zu engagieren, welche in Bergwerken des südlichen Rußlands Beschäftigung erhalten werden. Die Bergwerke liegen, der hiesigen Zeitung zufolge, in der Nähe von Nowa Tschelast, einer Stadt von 10,000 Einwohnern in der Nähe des Ussowischen Meeres und der Stadt Asow.

Königsberg, 25. Juni. [Meiergriffe der Polizei-behörde.] Unser Polizeipräsidium hatte unter dem Ministerium Manteuffel-Westphalen den Versuch gemacht, die von den vereideten Mäлlern abzuhaltenen Auktionen auf gewisse Artikel zu beschränken, andere aber den Auktionskommissarien zuzuweisen, drang jedoch zur Zeit mit dieser fürsorglichen Maahregel nicht durch. Vor einigen Wochen inhibierte nun der Polizeipräsident Maurach eine von dem Mäller Legien angekündigte Champagnerauktion aus dem Grunde, weil dieselbe in einem Lokale abgehalten werden sollte, in dessen Nebengemächern eine Restauration und Bierschank sich befindet. Gegen diese polizeipräsidiale Maahnahme beschwerte sich die Kaufmannschaft beim Handelsminister, von dem nunmehr in Folge dessen ein Rekschrift an die königl. Regierung eingetroffen ist, dahin lautend: Dem Polizeipräsidium aufzugeben, sich fortan jeder Einmischung in die von den vereidigten Mällern abzuhaltenen Auktionen, sei es in Betreff des Wie, Wo oder Wann, zu enthalten. (D. 3)

**Oestreich.** Wien, 26. Juni. [Eine österreichische Note.] Die „Donauteitung“ bringt das österreichische Memorandum vom 22. April, betreffend die preußischen Reformvorschläge zur Bundeskriegsverfassung (s. Nr. 136) und zugleich die letzte, von österreichischer Seite, die Diskussion im versöhnlichsten Sinne abschließende Rückäußerung des kaiserlichen Kabinetts, folgenden Inhalts:

Weisung an den Grafen Karolyi in Berlin d. d. Wien am 9. Juni 1860. Ihr. v. Werther hat mir aus meinen Wünsch die abschriftlich beifolgende Despeche in Händen gelassen, welche das k. preußische Kabinett an ihn gerichtet hat, um unser Memorandum vom 22. April d. J. zur Revision der Bundeskriegsverfassung zu beantworten. Diese neueste Darlegung der Antithesen Preußens reicht sich an einen Schriftwechsel an, welcher zur Beleuchtung hochwichtiger Fragen von verschiedenen Gesichtspunkten aus beigetragen, und wenn auch nicht die Ausgleichung der hervorgekommenen Gegensätze bewirkt, doch auf beiden Seiten den Wunsch bestätigt hat, die Wege zur Verständigung offen zu halten. Wir glauben eben deshalb, so auferksam wir auch den Entwickelungen des uns vorliegenden Altersstückes gefolgt sind, vor Allem unsere Übereinstimmung mit den verhältnischen Worten befunden zu sollen, welchen wir am Schlusse desselben begegneten. Diejenen Worten zufolge will das Berliner Kabinett, ungestrichen der bestehenden Verschiedenheiten in den Auffassungen der beiden Höfe, die Hoffnung so wenig wie die Absicht aufgeben, über das von ihm erstrebte Ziel zu einer Einigung mit uns zu gelangen; Preußens wird vielmehr jeden dafür sich bietenden Anflugspunkt willkommen heißen. Wir empfinden unsererseits die größte Genugthuung, uns zu derselben Hoffnung und zu denselben Intentionen zu bekennen. Und daß auch die praktischen Anflugspunkte für die beiderseits gewünschte Einigung nicht fehlen werden, hoffen wir um so zuversichtlicher, je mehr wir uns vom Anfang dieser Diskussion an bereit gezeigt haben, auf diejenigen Wege und Formen der Verständigung, die in früheren Epochen, namentlich in den Jahren 1832, 1840 und 1848 den Zweck erfüllt haben, auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzugehen. Wir können in dieser Beziehung nur wiederholen, was wir hierüber bereits in dem Erlass vom 22. April, womit wir Ew. die vorerwähnte Denkschrift überlendeten, bemerkten (s. u.). Wir sind zugleich überzeugt, daß auch die Gesinnungen der übrigen deutschen Höfe ein solches Einverständnis in jeder Weise erleichtern würden. Obwohl mit uns festhaltend an dem grundgesetzlichen Prinzip der Einheit der Kriegsführung des deutschen Bundes, würdigen diese Höfe doch vollkommen das Gewicht der Thatache, daß über einen großen Theil der Streitkräfte Oestreichs und Preußens nicht der Bund zu verfügen hat, und ihr Entgegenkommen würde sicher einer Vereinbarung nicht fehlen, welche zu dem Zwecke geschlossen würde, die Bedingungen des Zusammenswirkens der außerdeutschen Heerstheile dieser Mächte mit dem Bundesheere angemessen zu regeln. Die Erörterung über diese Frage, ob solche Bedingungen in die organischen Militärgezege des Bundes aufzunehmen wären, und über den deshalb von Preußen in Frankfurt gestellten Antrag glauben wir dagegen zwischen den beiden Kabinetten gänzlich ruhen lassen zu dürfen, gleichwie auch die königl. preuß. Regierung dieselben für erschöpft hält. Wir enthalten uns daher jeder Entgegnung auf die Einwendungen, welche die uns durch Ihr. v. Werther mitgetheilte Despeche gegen unser Memorandum vom 22. April erhebt, so wenig wir auch dieselben als im Rechte des Bundes und in seiner Geschichte begründet anzuerkennen vermögen. Ja, wir würden es als eine glückliche Wendung der Sache betrachten, wenn auch am Bundesstage die dort nunmehr durch die Berichterstattung der Militärskommission zur Beratung des Bundesstaatsaushofes gedieltene Frage einer Umgestaltung der organischen Artikel der Kriegsverfassung nicht weiter verfolgt würde. Ew. werden es sich für ermächtigt halten, eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses dem Herrn Minister auf sein Verlangen mitzutheilen. Empfangen sc. sc. (Von einer Verständigung oder einer „Annäherung“ an die preußischen Vorschläge und Ansichten vermögen wir nun leider in diesem Dokument auch nicht die leiseste Spur zu entdecken. D. Red.)

Die oben in Bezug genommene Stelle des Erlasses vom 22. April 1860 lautet wie folgt: „Ew. wollen dem Herrn Minister die Versicherung erteilen, daß die kaiserliche Regierung weit entfernt sei, die Bedeutung des preußischen Antrages als eines solchen, der von der Grundlage des Zusammenswirkens der beiden Mächte und ihrer Gleichberechtigung in Deutschland ausgeht, nicht nach ihrem vollen Werthe würdigen zu wollen. Verwahren aber muß sie sich gegen die Unterstellung, als ob sie in Bezug auf das Revisionswerk eine frühere gemeinsame Basis lebt verlassen habe. In früheren Zeiten der Krisis haben beide Mächte sich vorstellig gehabt, organische Fragen der Umbildung der Kriegsverfassung in Frankfurt anzuregen. Sie haben sich in vertraulichem Meinungs-austausche einander genähert, um die politischen und militärischen Anforderungen der jedesmaligen speziellen Lage vereint in Erwägung zu nehmen, darnach die eigenen Vorbereitungen zu bemühen, und die an die übrigen Bundesregierungen zu richtenden Vorschläge zu verabreden. Findet der Hof von Berlin auch unter den gegenwärtigen ernsten Umständen es angezeigt, denselben Weg von Neuem einzufordern, so wird er leicht die Überzeugung gewinnen, daß auf Oestreichs Seite die Gesinnungen unverändert fortbestehen, mit welchen die kais. Regierung in allen früheren Epochen die Hand zur Verständigung geboten hat. Empfangen sc. sc.“

— Sieber den war, wie und scheint starken Reichs-

Bewunderung der dem deren Vor-

lagen zu machen fand, als eine Grundbuchsordnung und ein Gesetz über das Vergleichsverfahren, während die Gemeindeverfassung noch ihrer endlichen Regelung harrt, und die Wiederherstellung von Landesvertretungen, welche selbst eine Voraussetzung des verklärten Reichsrathes sind, erwartet wird. So manchmal das Grundbuchsrecht in einigen Theilen des Kaiserstaates sein mag, so anderwärts Vorzüge besitzt es in mehreren anderen Provinzen, wo es schon seit Jahrhunderten in einem Zustande ist, welcher in den wenigsten europäischen Staaten übertragen wird. Es hätte daher unseres Bedenkens ohne Gefahr einer späteren Sitzungsperiode des Zentralorgans vorbehalten bleiben können, diese seit mehreren Jahren vorbereitete Vorlage zum Abschluß zu bringen. Selbst wenn man vom Gebiet der organischen Errichtung des Staates ganz abstieß, würde uns eine Revision der Civil- und Strafprozeßordnung, ein Konkurrenzgesetz, ein Gesetz für Zinsfreiheit weit dringender erscheinen sein, als die Reform des Grundbuchsrechts, die, wenn auch im Prinzip festgestellt, eine Reihe von Jahren beanspruchen wird, um durchgeführt zu werden, und einen so bedeutenden finanziellen Aufwand erfordert, wie ihn unsere gegenwärtige Finanzlage, welche vielmehr Einschränkungen bis zum Neuerwerb vorschreibt, nicht gestattet. Der Angeklagte der Diskussion in der vierten Sitzung war die Frage, ob der Reichsrath, oder ob die Landesvertretungen den Entwurf feststellen sollten, mit anderen Worten, ob eine Grundbuchsordnung für alle Provinzen des Reiches, oder ob für jedes Kronland ein besonderes Grundbuchsrecht zu publizieren sei. Wohl hat sich auf gesichtlichem Boden die Grundbuchsführung in den verschiedenen Provinzen sehr ungleichmäßig gestaltet. Allein diese Mannigfaltigkeit ist dem Realcredit und der Rechtsicherheit keineswegs förderlich gewesen, und in den Verlangen nach Abhilfe sind alle einig. Wenn nun aber die Ungarn insbesondere die einheitliche Grundbuchsordnung vorbereiten, so thun sie unrecht, weil sie damit von vornherein ihre Tendenzen verdächtigen. Wenn es nicht möglich ist, mit ihnen eine Einheit in der Grundbuchsfrage zu erzielen, welche Hoffnungen bleiben für die Einigung in großen politischen Fragen? Der Ausritt des ungarischen Mitgliedes aus dem Komitee zeigt, daß die Männer dieses Landes ihren Standpunkt konsequent zu behaupten gedenken. Gleichwohl steht uns dieser Schritt des Grafen Barloczy in Erstaunen. Die Anschauung jener Ungarn, welche ihre Verurteilung in den Reichsrath abgelehnt haben, ist verständig. Aber die Neibrigen, welche nun erscheinen sind, müssten, schon um ihren eigenen Erfolg tren zu bleiben, auch die Konsequenzen des Mandats, das sie erhalten und angenommen haben, tragen. Ausscheiden, wenn man in der Minorität bleibt, ist nicht parlamentarisch. Wir verhebeln nicht, daß wir nicht nur als Gesamtösterreicher, sondern auch als Deutsche ein großes unmittelbares Interesse an der Mitwirkung der Ungarn im Reichsrath haben. Auf ihrer Seite ist, so weit bis jetzt die Verhandlungen reichen, der Freimuth der größte, und sie wären am meisten geeignet, gegenüber der mächtigeren aristokratischen Partei, das schwächeren bürgerlichen Element zu stärken. Dieses Letztere tritt bis jetzt mit einer Scheiternheit auf, welche lebhaft wünschen läßt, daß es Sulturs erreichte, damit in einer Verhandlung, in welcher die Kirche, der hohe Adel, der Wehrstand und die Bureaucratie so glänzende Repräsentanten haben, der Kämpfstand sich nicht bloß durch sein Schweigen auszeichne.

Benedig, 20. Juni. [Meduzierung der Kriegsmarine; die Zentralkongregation.] Die Gerüchte, welche seit einiger Zeit über die heiklichen Meduzierungen in der k. k. Kriegsmarine zirkuliren, scheinen sich nun vollständig bestätigen zu wollen. Eine große Anzahl von Beamten der Marineverwaltung wurde theils pensionirt, theils in Disponibilität versetzt, und die Meduzierung einiger Marineestablishments ist bereits ausgesprochen. Das hiesige Marinearsenal wird nächstens geschlossen werden und sich nur auf eine Reparaturwerkstatt, welche unter der Aufsicht des Flotillenkorps stehen wird, beschränken. Die hiesige Hafenadmiralität wird gänzlich aufgelöst und in Zukunft nur ein Arsenalkommando als Marinebehörde hier bestehen. Zwei Kriegsschiffe sind bereits, mit Arsenalgegenständen beladen, von hier nach Pola abgegangen; es heißt, daß in wenigen Tagen beinahe sämtliche Marineestablishments von hier wegkommen. — Die Mitglieder der Zentralkongregation halten, seit der Publikirung des kaiserlichen Patentes, über die Erweiterung des Wirkungsbereiches dieses Instituts häufig öffentliche und private Berathungen, um sich über künftiges Verhalten in ihrer Stellung zu besprechen und namentlich darüber zu entscheiden, ob eine Neuwahl sämtlicher Deputirten nothwendig, oder ob es genügend sei, sich auf irgend eine Art ein Vertrauensvotum der Wähler geben zu lassen. Dem Vernehmen nach gewinnt die letztere Anschauungsweise die Oberhand.

**Bayern.** München, 25. Juni. [Preßprozeß.] In der Sitzung des Schwurgerichts am 23. kam die Anklage gegen F. Hopf, den Redakteur des Stuttgarter Beobachters, wegen Pressevergehens, zur Verhandlung. Der Angeklagte, welcher nicht selbst erschien, so daß in contumaciam ohne Buziehung von Geschworenen verhandelt wurde, ist der Verteidigung der k. k. Polizeidirektion dahier, des k. k. Polizeiarztes Dr. Frank dahier und des Landrichters Runchi in Erding beschuldigt, und zwar durch Aufnahme einiger Münchener Korrespondenzen in den Beobachter, in welchen das Verfahren dieser Beamten gegen einige Personen, welche als Irre erklärt werden mußten, gerügt wurde. Redakteur Hopf wurde vom Gerichtshof für schuldig erklärt und zu 46 Tagen Gefängnis und 40 fl. Buße verurtheilt, und zugleich das Verbot des Beobachters für so lange ausgesprochen, bis die Strafe zum Vollzug gelangt sein wird.

— [Die Badener Fürstenkonferenz.] Heute äußert sich auch die „Neue Münchener Zeitung“ über das Ergebnis der Badener Fürstenkonferenz. Der, wie es scheint, offizielle Artikel lautet: „Eine persönliche Begegnung Sr. Maj. des Königs von Bayern mit Sr. l. H. dem Prinz-Regenten von Preußen war von Seite des Ersteren lange beabsichtigt. Schon gegen April wurden Einleitungen hierfür angebahnt. Der Wunsch, früher enge Beziehungen nach längerem Zeitraume tiefsgreifender Veränderungen zu erneuen und manche gewichtige Frage vaterländischer Politik in unmittelbarer Besprechung zu erörtern, schien auf beiden Seiten dazu einzuladen, und in einer Unterredung mit Sr. Maj. dem König von Württemberg wurde der Entschluß festgelegt, gemeinsam in Baden-Baden mit dem Prinz-Regenten in persönliches Einvernehmen zu treten. Da traf überraschend die Nachricht von dem Erscheinen des Kaisers Napoleon in Baden, und am gleichen Tage die formelle Einladung des Prinz-Regenten dahin auf Mitte Juni ein. Es sind nun die Tage vorüber, welche den Kaiser in persönliche Verührung mit dem Prinz-Regenten von Preußen und den mit ihm in Baden versammelten deutschen Bundesfürsten brachten. Billig fragt man nach dem Ergebnisse. Es ist dasselbe ein doppeltes. Alle in Baden versammelten deutschen Fürsten waren von dem einmütigen Willen und Entschluß beseelt, eintretenden Falles des deutschen Vaterlandes Sicherheit, Ehre und Würde mit ganzer Kraft aufrecht zu halten und für die Wahrung seiner Grenzen einzustehen. Daß Deutschlands Fürsten einig sind, wenn dem gemeinsamen Vaterlande Gefahr drohen sollte, lag offen zu Tage. Unsicher konnte der Kaiser sich hiervon überzeugen, hätte er jemals sich für berechtigt halten können, daran zu zweifeln. Aus eines jeden der versammelten deutschen Bundesfürsten-Munde könnte er die Bestätigung vernehmen. Sie hingegen sind Zeugen gewesen von den wiederholten und Alten übereinstimmend vorgetragenen

zwischen dem Prinz-Regenten von Preußen und seinen Bundesgenossen trat anderseits Sicherheit dafür zu Tage, daß der Prinz es als die erste Aufgabe der preußischen Politik betrachte, wie den Territorialbestand des Gesamt-Vaterlandes, so den der einzelnen Bundesherren zu schützen. In dieser Aufgabe werde er sich auch dann nicht beirren lassen, wenn seine Auffassung einiger Fragen der inneren deutschen Politik von jener anderer Bundesgenossen abweiche. Niemals hätten seine Bemühungen, die Kräfte des deutschen Volkes zu geheimer Wirklichkeit zusammenzufassen, die Absicht, daß völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu erzittern. Auch auf eine Verständigung mit Oestreich hoffe er; sie sei von höchster Wichtigkeit. So hat denn die Zusammenkunft in Baden nicht nur den Beweis der Einigkeit gegen das Ausland vor Aler Augen gebracht, sondern auch das Gefühl und die Gewissheit derselben innerhalb der deutschen Grenzen neu verstärkt und gehoben.“

**Sachsen.** Dresden, 26. Juni. [Die Zusammenkunft in Baden — aden.] Auch das „Dresden. Journ.“ spricht sich jetzt in einem leeren offiziösen Artikel über die Zusammenkunft in Baden und über die Resultate derselben aus. Nachdem im Gang hervorgehoben ist, daß die Zusammenkunft der deutschen Fürsten mit dem Kaiser Napoleon ein vermehrtes Vertrauen zur Sicherung des Friedens zur Folge gehabt habe, wird daran der Wunsch geknüpft, daß die öffentliche Meinung in Deutschland den Werth der französischen Friedensversicherungen nicht unterschätzen werden. Dann versucht das Blatt eine Interpretation der Aeußerungen des Prinz-Regenten von Preußen, um darin eine Hinwendung zu der mittelstaatlichen Politik finden zu können. Es heißt da:

Es ist durch authentische Mittheilungen in öffentlichen Blättern bereits bekannt geworden, daß zunächst bei allen Fragen der äußeren Sicherheit und nationalen Freiheit Deutschlands seine Fürsten sämtlich von denselben Gesinnungen sich begeistert gezeigt haben, und es ist gut, daß dies Resultat der öffentlichen Meinung in Deutschland sich jetzt so klar darbietet, denn es muß nicht wenig dazu beitragen, jene Partei-Agitationen zu schwächen, welche unter dem Vorwande, es drohe der Sicherheit Deutschlands durch Bündnisse deutscher Regierungen mit dem Auslande Gefahr, das deutsche Volk gegen einzelne Regierungen aufzustacheln versuchten. Von Seiten jener Parteipresse, welcher überhaupt daran liegt, legliches Resultat der Badener Fürsten-Konferenz zu leugnen, ist mit besonderer Schärfe darauf hingewiesen, daß die Fürsten der deutschen Mittelstaaten unter sich Berathungen gepflogen hätten, und daß von dem Einverständnisse zu wollen in seiner Rede erklärt habe. Bei ruhiger Beobachtung und Erwägung wird man aus diesen Vorgängen nicht die Solbrücke ziehen können, daß jeder Theil stark in der Entfernung seiner Auffassung von den andern bekehrt werde. In der That kann der in der Rede des Prinz-Regenten enthaltene Satz, daß der erlauchte Redner auf dem betretenen Wege seiner deutschen Politik keinen Schritt der Annäherung zu thun und die Legitimität allein den übrigen Bundesregierungen zuzumuten, denn dies widerspricht dem ganzen Geiste der gepflogenen Verhandlungen. Es ist vielmehr dieser Satz als eine wohlgekreifte allgemeine Verwahrung der bisherigen Stellung Preußens in den Bundesangelegenheiten zu betrachten, und eine ähnliche Verwahrung würde auch von anderer Seite abgegeben werden können, ja hat auch vielleicht mit den Worten des Königs von Württemberg und füllschwiegend in der mit Unrecht angefochtenen Vereinigung der beteiligten Souveräne gelegen, ohne daß dadurch die Hoffnung auf eine Annäherung der Auffassungen aufgegeben zu werden brauchte. Es ist noch nicht in die Differenzlichkeit gedrungen, in welcher Weise die Fürsten der Mittelstaaten ihrerseits die Hand zu bieten sich entschlossen haben, um eine Verständigung aller deutschen Bundesgenossen über obschwedende Bundesfragen am besten und zweckentsprechend herbeizuführen, und wir unsererseits halten uns nicht für ermächtigt, in dieser Beziehung jetzt Aufschlüsse zu ertheilen. Die einzige bisher in authentischer Form zur Veröffentlichung gekommene fürstliche Meinungsmanifestation auf der Zusammenkunft der deutschen Fürsten, die Rede des Prinz-Regenten, giebt aber bei näherer Beobachtung Anhalt genug zu der Erwartung, daß ungeachtet der ausgesprochenen Verwahrung der bisherigen Stellung Preußens zu mehreren Bundesfragen, doch die verhandelnden Theile einander näher kommen werden und sich begegnen können. Denn wenn der erlauchte Redner erklärt, Preußens deutsche Politik habe niemals die Absicht, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu erzittern, so kann man mit Recht hieran die Erwartung knüpfen, den für die Sicherung des Bundes wirkenden Parteien werde jeder Vorwand benennen, ihre Tendenzen, wie es jetzt häufig gezeigt, mit denen der preußischen Regierung in Verwandtschaft zu bringen. Man kann auch mit Recht erwarten, daß wenigstens aus den offiziösen und von offiziöser Seite in den Büchern der Mittelstaaten ihrerseits die Hand zu bieten sich entschlossen haben, um eine Verständigung aller deutschen Bundesgenossen über obschwedende Bundesfragen am besten und zweckentsprechend herbeizuführen, und wir unsererseits halten uns nicht für ermächtigt, in dieser Beziehung jetzt Aufschlüsse zu ertheilen. Die einzige bisher in authentischer Form zur Veröffentlichung gekommene fürstliche Meinungsmanifestation auf der Zusammenkunft der deutschen Fürsten, die Rede des Prinz-Regenten, giebt aber bei näherer Beobachtung Anhalt genug zu der Erwartung, daß ungeachtet der ausgesprochenen Verwahrung der bisherigen Stellung Preußens zu mehreren Bundesfragen, doch die verhandelnden Theile einander näher kommen werden und sich begegnen können. Denn wenn der erlauchte Redner erklärt, Preußens deutsche Politik habe niemals die Absicht, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu erzittern, so kann man mit Recht hieran die Erwartung knüpfen, daß er gegenwärtig in dieser Beziehung, in der mit Unrecht angefochtenen Vereinigung der beteiligten Souveräne gelegen, ohne daß dadurch die Hoffnung auf eine Annäherung der Auffassungen aufgegeben zu werden braucht. So bieten die Worte des erlauchten Redners genug Anhalt zu der weiteren Erwartung, daß es dem nachwirkenden Geiste des bundesgenossenschaftlichen Vertrages, welchen die deutschen Fürsten in Baden gepflogen haben, gelingen werde, über den Wirrwarr der Parteieströmungen dieser Tage hinweg fämmliche deutsche Bundesfürsten sich die Hand zum treuen Zusammenstehen in Gefahren und zur kräftigen inneren Entwicklung reichen zu sehen. Dies Resultat kann erreicht werden, ohne daß eine der deutschen Regierungen ihren Grundzügen zu entgegen genötigt wäre, und dieser Umstand, welcher zugleich die betreffenden Verhandlungen in den fürstlichen Worten erklärt, muß gerade dazu beitragen, die Hoffnung auf eine Annäherung der deutschen Regierungen zu befestigen. Es hat der erlauchte Sprecher erklärt, auf dem betretenen Wege behalten zu wollen, und doch die Hoffnung ausgesprochen, sich mehr und mehr mit seinen Bundesgenossen zu begegnen, obwohl gerade die bedeutendsten derselben in mehreren Fragen sich auf andern Wege befinden. Im politischen Leben giebt es aber auch keinen Weg, welcher die Richtung einer Kanonenkugel verfolgt (das kann das Organ des Herrn v. Beust natürlich aus Erfahrung wissen, und Herr Regierungsrath Häpe, der mutmaßliche Fassauer des Artikels, noch besser; d. Red.), und daher ist in der That das Begegnen von Anschauungen vollkommen denkbar, die von Hause aus auf gleichem Wege nicht zu erlernen waren, vorausgesetzt, daß man sich gleichzeitig bewußt ist, und daß, hoffen wir, hat die Badener Zusammenkunft außer Zweifel gestellt.“ Interessant ist in dem obigen Artikel vorzüglich die Art und Weise, wie aus der Versicherung des Prinzregenten, auf dem betretenen Wege seiner deutschen Politik verharren zu wollen, die Absicht herausinterpretiert wird, sich in den wesentlichsten Fragen der bisherigen Politik der Mittelstaaten anzuhören. Es wird sehr zu wünschen sein, daß man sich in diesem Punkte nicht einer Täuschung hingeben.

**Baden.** Karlsruhe, 26. Juni. [Erhöhung der Dotations für den Erzbischof.] Die großherzogliche Regierung hat die Dotation für die Kanzlei des Erzbischofs von Freiburg, die früher 3000, dann bis jetzt 7000 fl. betrug, um weitere 4000 fl. erhöht. Diese Dotation wird aus einem Fonds für katholische Kirchenzwecke bestritten, über welchen die Regierung ausschließlich zu verfügen hat. Das bereitwillige Entgegenkommen, welches dieselbe bei der Abhilfe dieses Bedürfnisses beßtigt, dürfte den von bekannten Seite im gegenwärtigen Augenblick bestiger denn jemals erhobenen Anschuldigungen, welche unser jetziges Ministerium geradezu als ein kirchenseindliches verdächtigen möchten, zum mindesten keinen Vorwurf zu thun geeignet sein. (Pr. 3)

**Hessen.** Kassel, 26. Juni. [Zur Verfassungsfrage.] Gegen die eifrigsten Kundgebungen in Kassel und Hanau wider die

neue Verfassung steht das Benehmen der beiden anderen Hauptstädte des Landes, Marburg und Fulda, bedeutend ab. Indessen fehlt es auch dort nicht an sehr zahlreichen Verfassungsfreunden. In Fulda haben drei Stadtratsmitglieder für eine Rechtsverwahrung gleich der Kasseler gestimmt, während die Mehrheit sich nur aus formellen Kompetenzbedenken dagegen erklärt hat. In Marburg ist die Ansicht durchgedungen, daß die Wahrung des alten Verfassungsrechtes zunächst Sach der Wahlkörperhaften sei. Dasselbe gilt von einigen anderen Ortschaften. Man scheint aber noch hier und da zu schwanken, ob man wählen solle oder nicht. Doch wird der Entschluß der größeren Städte, welcher ganz mit der Ansicht der "Morg. Ztg." übereinstimmt, den Ausschlag geben; man wird wählen, aber mit Rechtsverwahrung. Es leidet wohl keinen Zweifel mehr, daß in dieser Hinsicht eine gleichmäßige Handlungsweise erzielt werden wird. Die Zahl derjenigen, welche ohne Verwahrung wählen werden, dürfte sehr gering sein. So wird denn der eigentliche Widerstand erst in der nächsten zweiten Kammer beginnen, es möchte denn sein, daß durch das Verlangen einer allgemeinen Beamten- oder gar Volkszählungs-Beduldigung auf die neue Verfassung früher ein Konflikt herbeigeführt würde. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Regierung der Sache eine solche Wendung geben sollte. (K. 3.)

Hanau, 25. Juni. [Beschlagnahme.] Die Polizei hat den in der Bürgerschaft zirkulierenden Protest gegen die neue Verfassung in Beschlag genommen.

Lübeck, 25. Juni. [Die preußische Küstenbefestigungs-Kommission], welche am 21. d. hier anwesend war, wurde bei ihrer Ankunft in Travemünde von den Senatoren Dr. Brehmer und Dr. Curtius bewillkommen; als technische Assistenten waren außerdem anwesend der hiesige Oberstleutnant Böhrns und der hiesige Wasserbau-Direktor Müller. Nach Besichtigung der Küste, wobei der Platz einer im Jahre 1848 angelegten, später aber desarmierten Strandbatterie wieder als der angemessenste Ort zur Aufführung einer wohlbefestigten Schanze erkannt wurde, nahmen die sämtlichen Herren, denen sich auch noch einige Offiziere von hier angelassen hatten, ein Diner im Kursale der Badeanstalt ein. Die Kommission hat sich von hier zunächst nach Hamburg begeben.

### Großbritannien und Irland.

London, 25. Juni. [Der sicilianische Aufstand.] In einem Artikel über Sizilien schreibt die "Saturday Review": "Es ist nicht zu verwundern, wenn die Sylophanten, die der Bigotterie versalten Menschen und die Freiheitsfeinde in allen Theilen Europas sich in Schmähungen gegen die einmütig ausgesprochene Sympathie der englischen Nation für die Befreiung Italiens ergehen. Die Gemeinsten dieser Bande, nämlich die niedrigere Sorte der Pariser Pamphletisten, winken darauf hin, daß eine vom Auslande ausgehende Invasion und das allgemeine Stimmrecht sich mit gleichem Erfolge anwenden ließe, um Irland von dem britischen Reiche abzulösen. Zwar sind die formellen Gebote des Staatsrechtes in gleicher Weise auf eine von dem grausamsten Despotismus unterdrückte Provinz, wie auf ein Land anwendbar, welches sich in so reichem Maße, wie Irland, einer Freiheit erfreut, wie sie in dem größeren Theile des Festlandes unbekannt ist. Der Unterschied ist nur der, daß die Engländer Gewissensfreiheit besitzen und entschlossen und im Stande sind, die Integrität des Königreichs gegen jeden Angreifer zu wahren. Im Allgemeinen sind Revolutionen und gewalttame neue Gebietseintheilungen verwerlich, obgleich manchmal keine andere Wahl übrig bleibt, wenn man unerträglichen Nebeln entgehen will. Wie Lord Normanby in Ausdrücken, die seine Meinung vermutlich nur in abgeschwächter Form wiedergeben, sagte, ist der Charakter der gegenwärtig in Sizilien unter Garibaldi agirenden Streitkräfte ein nicht genau zu definierender. Indem sie im Namen eines Herrschers kämpfen, der formal noch immer im Frieden mit dem Gegenstande ihres Angriffes ist, bringen sie ohne Zweifel Moralität in einen vorübergehenden Konflikt mit dem positiven Gesetze. Es ist nicht unmöglich, daß man ihr Unternehmen später als einen Präzedenzfall für die selbstsüchtigen Piratenstrecke anführen wird; aber daß moralische Urtheil Europa's oder doch mindestens Englands wird den ritterlichsten und berechtigsten der Kreuzzüge nun und nimmermehr mit den Raubzügen gemeiner Abenteurer vermengen. Die halblegale Stellung, welche sich Garibaldi durch die Kapitulation von Palermo errungen hat, wird den unglücklicherweise von einer neapolitanischen Fregatte geloperten Freiwilligen eine Art von Schutz gewähren. Doch scheint ein Grund schwer ausfindig zu machen, auf welchen hin ein sardinischer oder englischer Gefandter die Gültigkeit der Begnadigung des Schiffes ansehnen, oder die Befreiung der Gefangenen begehrn könnte. Binnen Kurzem wird die provisorische Regierung Siziliens vielleicht eine so bestimmte Form angenommen haben, daß ihre gegenwärtige schiefe und zweideutige Stellung schwindet. Dass Sardinien sich der offenen Theilnahme an dem Kriege enthält, ist vielleicht der Preis, um welchen die Neutralität Frankreichs erkauf wird. Aber es ist schwer zu begreifen, wie der vom Geschick auskorene Erbe der über Süditalien schwedenden Revolution dem in seinem Namen geführten Kampfe lange fremd bleiben kann."

[Tagesnotizen.] Ihre Majestät die Königin begiebt sich heute nach dem Lager von Aldershot, um dasselb morgen Revue über die Truppen zu halten. Die Kanalslotte ist vorgestern Nachmittag aus den schottischen Gewässern abgefahrt und gestern Abend vor Plymouth erschienen. In Chatham lief vorgestern wieder eine neue Korvette von 21 Geschützen, der "Orpheus", vom Stapel. Nach amtlichen Ausweisen betrug die Zahl der Freiwilligen, die vorgestern im Hyde-Park gemustert wurden, 18,450, wozu die Londoner Corps 13,226 Mann stellten. Die über Kalifornien und Newyork hierher gelangte Belegung des Streites mit China stellt sich als vollkommen unrichtig heraus. Heute eingetroffene Privatdepeschen aus Hongkong vom 24. ult. zufolge, treffen die Chinesen vielmehr umfassende Vertheidigungsanstalten.

### Frankreich.

Paris, 25. Juni. [Den Tod des Prinzen Jerome] erwartete man seit zwei Monaten, und da der Prinz eigentlich keine sehr wichtige politische Persönlichkeit war, so blieb dessen Hinscheiden ohne bedeutenden Eindruck. Hier handelt es sich jetzt hauptsächlich darum, wo die sterblichen Überreste des Prinzen Jerome bestgesetzt werden. Der Verstorbene hat in seinem Testamente

den Wunsch ausgedrückt, daß er neben seinem Bruder Napoleon I. begraben werde. Es scheint, daß man diesem Wunsche nachkommt, die sterblichen Überreste des verstorbenen Kaisers aber nach der Kathedrale von Saint Denis, dem Begräbnisorte der alten Könige von Frankreich, bringen wird. Dort soll jetzt auch Karl X. beigesetzt werden; Louis Philippe jedoch nicht, da derselbe seinem Wunsche gemäß in Dreux, wo sein Familienbegäbnis ist, ruhen will. Die Feier der Schlacht von Solferino, die gestern stattfanden sollte, ist wegen der Krankheit des Prinzen Jerome vertagt worden. Alle Theater sind heute geschlossen. Die halboffiziellen Blätter sind heute alle schwarz gerändert.

[Tagesnotizen.] Wie es scheint, wird die Konferenz in der schweizerisch-savoyischen Angelegenheit schon im nächsten September stattfinden. Herr Kern wird sein Vaterland nicht allein bei der Konferenz vertreten, sondern noch einen zweiten Diplomaten zum Gehülfe bekommen, da er selber nicht in großer Gunst bei Herrn Thouvenel steht. — Der Kriegsminister hat zur Ergänzung des Kriegsmaterials zahlreiche Aufträge gegeben, welche vom 1.

15. September ausgeführt werden sollen. Man wird den Bau einer Dampfsfregatte in Angriff nehmen, welche den Namen "Stadt Nizza" führen soll. — Die vom "Moniteur" gemeldete Inthronisation des Abbé Maret, Professors an der Sorbonne, als Bischof von Vannes, hat einige Sensation gemacht, da man weiß, daß die von der Regierung getroffene Wahl nicht ohne Widerspruch von Seiten des römischen Hofs geblieben ist. Abbé Maret gehört nämlich dem liberalen Theile des französischen Klerus an, und seine Ernennung war daher in Rom nichts weniger als günstig aufgenommen worden. — Der Fürst von Monaco hat die ihm "revolutionärer Weise abgenommenen und französisch gemachten" Mentone und Roquebrune reklamiert und es soll in der That eine telegraphische Weisung gegeben werden, daß die für Mentone ernannten Kommissarien und Beamten vor der Hand noch nicht dahin gehen sollen. — Eine der neuen Straßen in den Elysäischen Feldern wird den Namen Nizzastraße erhalten. Eine Savoyerstraße hat Paris bereits seit 1410; dieselbe liegt in der Nähe der großen Augustinerstraße. — Gestern wurde die Ackerbau- und Viehzuchtausstellung im Industriepalast, da der Eintritt unentgeltlich war, von 95,211 Personen besucht. Außer diesen hatten die 10,000 Abonnenten, sowie die Ausstellenden u. s. w. besondere Eintrittsgänge, so daß man annimmt darf, daß gegen 110,000 Personen dort von Morgens 8 bis Abends 5 Uhr sich ergingen. Im Ganzen wurde die Ausstellung in 8 Besuchstagen von ungefähr 300,000 Personen besucht. — Die Pariser Zeitung meldet den am 18. Juni erfolgten Tod Eduard Grell's. Derselbe war 1818 in Trier geboren, wo sein Vater Staatsprokurator war, und ist seit 1838 in Paris, wohin er in Folge des unglücklichen Ausgangs eines Duells gegangen, ansässig gewesen. Vor 1849 gab er dort ein Blatt: "Der deutsche Steuermann" heraus, und in den letzten Jahren den "Pariser Wegweiser und Beobachter".

In Savigneur, Loire-Departement, entstand eine Feuerbrunst durch Ratten, welche eine Portion Streichzündhölzchen fortgeschleppt und in Brand verlegt hatten.

[Französische Freiheitsbegriffe.] Das "Journal des Débats" enthält folgenden Artikel von John Lemoine gegen die Art und Weise, wie man in Frankreich die Freiheit auffasse und ausübe: "Es ist traurig zu sagen, aber es ist offenbar, daß wir im Verständnis und in der Praxis der Freiheit wenig Fortschritte machen, und daß der erste Gebrauch, welchen die für sich nach Freiheit Verlangenden von ihr machen, der ist, sie den Anderen zu verweigern. Wir haben ein neues Beispiel dieses tief illiberalen Geistes in dem Eifer, womit die sich liberal nennenden Blätter von der Regierung Präventiv- und Repressivmaßregeln gegen die römische Anleihe verlangt haben. Der Regierung hat es nicht beliebt, dieser Aufforderung nachzukommen, und man muß ihr deshalb Glück wünschen und ihr danken. Sie hat dabei nur das Prinzip in Anwendung gebracht, welches man ihr alle Tage empfiehlt, daß der Nichtintervention, ein Prinzip, welches wir mit allen Konsequenzen annehmen bereit sind." Das "Journal des Débats" zitiert alsdann eine Stelle aus einem Hirtenbriefe des Bischofs von Amiens, worin derselbe in sehr ruhigem Tone zur Befreiung bei der Anleihe auffordert, da die römische Regierung, deren Erhaltung in der Absicht aller katholischen Mächte liege, hinreichende Sicherheit biete, und ihre Verpflichtungen, selbst wenn sie von einer andern Regierung absorbiert würde, doch von dieser übernommen werden müßten. "Wir tragen kein Bedenken", fährt das Journal weiter fort, "zu sagen, daß diese Sprache uns ganz gerechtfertigt scheint, und daß ein Bischof eben so gut wie jeder Andere das Recht hat, von der gemeinsamen Freiheit Gebrauch zu machen. Wenn der Papst von einer auswärtigen Macht eine Unterstützung an Geld oder Menschen, an Subsidien oder Hülfsstruppen verlangt, so würden wir begreifen, daß man gegen diese Intervention protestirt; aber wenn er an den Kredit appellirt, d. h. an das, was es Freiestes und Freiwilligstes giebt, so macht er nur von einem Rechte Gebrauch, das Federmann besitzt. Das Verbot, welches man verlangte, war jedem Prinzip der politischen wie der wirtschaftlichen Freiheit zuwider. Wir begreifen nicht den Unterschied, welchen man zwischen freiwilligen Subskriptionen und einer Anleihe machen will. Wenn einige Katholiken dem Papste ihr Geld schenken oder leihen wollen, so geht das nur sie an, und da man von keiner Regierung eine Garantie verlangt, so kann Niemand sagen, er sei für den heiligen Vater besteuert. Es ist das eine Kreditangelegenheit, in die sich Niemand zu mischen hat. Wenn das Publikum nicht auf das Gesuch antworten will, so kann keine Macht es dazu zwingen; und wenn es ihm beliebt, darauf zu antworten, so folgt es Gesinnungen, Gefühlen oder selbst Berechnungen, die man nicht das Recht hat, mit Gewalt niederzuhalten. Wir verlangen die Freiheit für die Italiener, aber wir möchten, daß ein Wenig für Federmann absiele, selbst für den Papst."

[Schreiben des Kaisers Napoleon an den König von Neapel.] Wie bereits mehrfach erwähnt, hat der Kaiser Napoleon dem Kommandeur de Martino eine abschlägige Antwort wegen Übernahme einer diplomatischen Vermittlung ertheilt. Der "Courrier du Dimanche" bringt nachträglich nun die Analyse des eigenhändigen Schreibens, welches der Kaiser an den König Franz II. richtete, als derselbe in einem eigenhändigen Schreiben das Geschick der Bourbonen in Neapel in seine Hand gelegt hatte. Nachdem der Kaiser einige Wendungen der gewöhnlichen Höflichkeit vorausgeschickt, bezeichnet er das Bombardement von Palermo als eine "Gräuelthat", die Kapitulation der neapo-

litanischen Armee als eine Feigheit (lachete) und fügt hinzu: "Diese beiden Dinge seien ihm gleich sehr zu wider, doch sei jetzt nicht seine Sache, sich über Mittel und Wege auszulassen, wie man das Bombardement und die Kapitulation hätte vermeiden können. Nachdem der Kaiser seine Theilnahme an den Schicksalen des Königreichs von Frankreich, bringen wird. Dort soll jetzt auch Karl X. beigesetzt werden; Louis Philippe jedoch nicht, da derselbe seinem Wunsche gemäß in Dreux, wo sein Familienbegäbnis ist, ruhen will. Die Feier der Schlacht von Solferino, die gestern stattfanden sollte, ist wegen der Krankheit des Prinzen Jerome vertagt worden. Alle Theater sind heute geschlossen. Die halboffiziellen Blätter sind heute alle schwarz gerändert.

[Tagesnotizen.] Wie es scheint, wird die Konferenz in der schweizerisch-savoyischen Angelegenheit schon im nächsten September stattfinden. Herr Kern wird sein Vaterland nicht allein bei der Konferenz vertreten, sondern noch einen zweiten Diplomaten zum Gehülfe bekommen, da er selber nicht in großer Gunst bei Herrn Thouvenel steht. — [Die polnische Frage.] Man schreibt der "V. Z." von hier: Im Ministerium des Innern hat man sich über eine Korrespondenz ereift, die der "Siecle" über den Zustand Polens gebracht hat. Der Minister hat einen Agenten zu der Administration des Journals geschickt, um die Quelle, woher diese Korrespondenz stamme, zu erfahren; die Administration hat jedoch über den Gegenstand nur sehr unbestimmt und unvollständige Details gelesen. Was übrigens die polnische Frage betrifft, so scheint man hier überzeugt, daß sie bei Gelegenheit der orientalischen Frage sich von selber stellen wird. So viel wenigstens ist sicher, daß die polnische Kolonie in Paris seit einiger Zeit die glänzendsten Hoffnungen näht, und daß die Häupter sich eines mächtigen Beistandes für gesichert halten. In einem wohlbekannten Salon der polnischen Welt spricht man offen von der Zukunft, die sich vorbereitet, und es wurde sogar erzählt, daß neulich in Fontainebleau der Kaiser den Fürsten Czartoryski bei Seite genommen und sich wiederholz ziemlich lange mit ihm unterhalten hätte. Auch spricht man von einer gewissen Kälte, die seit einiger Zeit zwischen den Höfen von Petersburg und Paris eingetreten sei. Die russische Regierung, sagt man, sei nicht wenig erschrocken über den Gegenstoß, den Polen von den Ereignissen Stalens empfangt, so wie über die Gährung, die schon mit dem Beginn der italienischen Frage sich gezeigt, aber seit den Erfolgen Garibaldis in Sizilien erstaunliche Fortschritte mache.

Paris, 27. Juni. [Teleg.r.] Der heutige "Moniteur" erklärt das Gerücht, daß die Regierung eine Anleihe neozieren wolle, für unwahr.

[Italien.] Turin, 23. Juni. [Garibaldi's Plan gegen Messina; Verschiedenes.] Garibaldi verliert seine Zeit nicht; schon sind die ersten Truppen nach Messina abgegangen. Garibaldi ist mit Allem versehen, was zu einer regelrechten Belagerung gehört; doch dürfte nicht wenig durch den Absall der neapolitanischen Truppen gefördert werden. Wenigstens ist die Stimmung derselben eine für den König von Neapel sehr bedenkliche. Die Bewohner der Stadt haben sich zumeist mit ihren Habeseligkeiten aufs flache Land gerettet, da sie fürchteten, von den Soldaten geplündert oder bombardirt zu werden. — Es bestätigt sich, daß der König von Neapel die Generale, die in Sizilien kommandirten, wirklich vor ein Kriegsgericht stellen will. Die Auseinandersetzung in dem Briefe des Kaisers Napoleon über die Kapitulation von Palermo habe ihn sehr empfindlich gekränkt. — Bosco, der berüchtigte Bandit, der es übernommen hatte, Garibaldi zu ermorden (?), hat nicht den Mut gehabt, seinen Auftrag zu vollziehen. Er hat sich dem General gestellt und ihm wichtige Enthüllungen gemacht. — Es sind 6 oder 7 sardinische Unteroffiziere, welche ihre Entlassung genommen haben, nach Palermo gegangen, um Garibaldi ihre Dienste anzubieten. (K. 3.)

Turin, 24. Juni. [Tagesnotizen.] Das Parlament soll Anfangs dieser Woche vertagt werden. — Der Gerant des "Cattolico" wurde zu 1000 Fr. Geldbuße und 5jährigem Gefängnisse verurteilt. — Die Dampfschiffahrt-Gesellschaft Rubatino hat den Direktor Feuché wegen Einverständnisses mit Garibaldi abgesetzt. — Der Bischof von Imola, Kardinal Valussi, wurde am 20. verhaftet, auch die Pfarrer von Longiano und Gatteo in der Emilia wurden eingezogen, weil sie das Fest der Statuto nicht feierten. — Die heutige "Unione" bringt Nachrichten aus Messina 16. und Neapel 19.: Sizilien ist von Truppen geräumt, Messina, Stratus und Milazzo ausgenommen, wo sich die Königlichen zum Widerstande vorbereiten. Die militärischen Projekte Garibaldi's scheinen, wie schon von Paris aus gemeldet worden, das Festland im Auge zu haben.

Genova, 26. Juni. [Teleg.r.] Hier eingetroffene Nachrichten aus Palermo melden, daß die Municipalität dafelbst eine Adresse an den Diktator übersandt habe, in welcher um sofortige Annexion gebeten wird. Der Diktator habe dieselbe dahin beantwortet, daß, wenn er auch die Annexion wünsche, er den sofortigen Anschluß nicht für nützlich halte.

Nom, 19. Juni. [Ergebnisse bei Sicherungen; Stärke der Armee; die Haltung Frankreichs; Geldmangel.] Die Aufregung hatte einige Tage nachgelassen, als sie durch die neuesten Nachrichten von verdächtigen Truppenbewegungen wiederum auf ihre alte Höhe stieg. Aus dem Ascanischen wie aus den größeren Städten anderer Provinzen überbrachten Deputationen der Magistrate dem heiligen Vater neue Ergebnissever sicherungen. Es sprach sich gegen alle dahin aus: "er hoffe, daß sein Grundsatz, Vertrauen erwecke Vertrauen, ihn diesmal nicht täuschen werde; die Truppen müßten bald aus den größeren Städten zu den Observationskorps gezogen werden, womit die treuen Bürgerschaften zu ihren eigenen Hütern eingesetzt würden; er hoffe aber auch eben so sehr, daß die angekündigten Sicherungen zum Ausgangszeitpunkt einer neuen Ordnung dienen werden." — Als authentische Besserungen der wahren Militärs kann ich die von 23. aber wollte mindestens 28. Okt. empfohlenen Sicherungen zum Ausgangszeitpunkt einer neuen Ordnung dienen werden.

Paris, 25. Juni. [Den Tod des Prinzen Jerome] erwartete man seit zwei Monaten, und da der Prinz eigentlich keine sehr wichtige politische Persönlichkeit war, so blieb dessen Hinscheiden ohne bedeutenden Eindruck. Hier handelt es sich jetzt hauptsächlich darum, wo die sterblichen Überreste des Prinzen Jerome bestgesetzt werden. Der Verstorbene hat in seinem Testamente

den Namen: „Bataillon des h. Patricius“. — Daz durch den Nuntius aus Paris Andeutungen hierherkamen, die auf die kaiserliche Missbilligung eines feindlichen Vergehens gegen die Romagna hinweisen, ist gewiss. Eben so gewiss aber ist, daß man im Vatican so außerordentliche finanzielle Opfer nicht gebracht haben will, ohne zum Wiedererwerb des alten Bestandtes des weltlichen Dominiums des heiligen Stuhles wenigstens einen ernsten Versuch gemacht zu haben. — Das effektive Geld verschwindet immer mehr aus dem öffentlichen Verleih, fast nur Kupfer zirkuliert, und Papiergeld mag selbst nur gegen Kupfer Niemand mehr gern umsetzen. (K. 3.) — [Kriegerische Vorbereitungen; freiwillige Zuaven; Selbstmord.] Man schreibt der B. 3. von hier: Da auf der Grenze der Romagna vergangene Woche zahlreiche Corps eine Stellung gegen die Straße nach Pesaro, das Zentrum der einen Hälfte der päpstlichen Armee, einnahmen, so glaubt man hier um so mehr an einen nicht mehr fernen Zusammenstoß. Lamoricière's Truppen sind aber noch bei weitem nicht zu dem Grade militärischer Ausbildung gebracht, den er ihnen bis zu einer Campagne gewünscht hatte. Es werden hier nach und nach Besichtigungen laut, ob nicht die Vorheeren auf seinem Haupt bei der Gelegenheit welken könnten. In und um Bologna baut man indessen für alle Fälle Schanzen, Bastionen und Brückenköpfe bei Ferrara. — Seit voriger Mittwoch trafen hier mehrere Zuaven ein, welche nach vollendeter Dienstzeit unter ihrem ehemaligen Führer Lamoricière nun der päpstlichen Fahne folgen wollen. Einige trugen noch den Turban, andere die rothe arabische Mütze. Nach und nach kamen andere an, in allem einige hundert. Ihr Offizier, ein französisch redender afrikanischer Jude mit vielen Orden, wurde vom Papste sehr gütig empfangen. Die meisten seiner Leute sind Christen. — Vorgestern erhob sich in Viterbo der ungarische, jetzt in päpstliche Dienste getretene mehrgenannte Offizier Palsky. Er war den Werbungen in Ungarn, noch mehr in Kroatien von großem Nutzen gewesen. Eine ihm vom General de Gregorio zuerkannte Disziplinarstrafe kränkte ihn so sehr, daß er zu dem verzweifelten Entschluß kam, den er aussführte. (Nach der gestrigen Mittteilung sollte Palsky meuchlings ermordet sein.)

[Die Ereignisse in Sicilien.] Garibaldi hat vor Eröffnung des Sommerfeldzuges die innere Fortbildung der sicilianischen Neugestaltung in andere Hände gelegt. Der Fürst von Torrearsa, welcher laut einer Tinten-Depesche vom 25. Juni bereits in Palermo eingetroffen, wurde von Garibaldi zum Alter ego, zum stellvertretenden Diktator (Vize-Diktator) schreiben die französischen Blätter) und zum Ministerpräsidenten ernannt. Der Fürst gehört zu den angeblichsten und einflussreichsten Männern auf Sizilien. Auch für tückige Besetzung des so wichtigen Postens eines Marineministers ist geforscht; Graf Piola, der diesen Posten erhalten, hat bereits seine Entlassung aus der sardinischen Marine genommen. Garibaldi hat ferner zur nötigen Verständigung mit Cavao ein eigenhändiges Schreiben, das Graf Amari überbrachte, an König Victor Emanuel gerichtet, worin er die Begeisterung, mit der das sicilianische Volk der Einverleibung zugethan ist, rühmt. „Inhalt und Form dieses Briefes“, meldet die „Pereveranza“, sind desjenigen würdig, der ihn geschrieben hat; derselbe ist voll wahrhaft italienischer Gefühle und zeigt warme Anhänglichkeit an den erhabenen Fürsten, der das Bild aller Schmerzen wie aller Hoffnungen Italiens ist. Hier, wie immer, hat General Garibaldi seine unbegrenzte Treue und seine patriotische Ergebenheit gegen Victor Emanuel kundgethan.“ Die „Bombardia“ meldet ferner, daß in Kurzem eine Deputation aus Sizilien nach Paris abgehen werde, um dem Kaiser Napoleon darzulegen, daß die sicilianische Bewegung durch die Missregierung der Bourbonen hervorgerufen, und die Sizilianer nunmehr entschlossen seien, sich mit Romagnoli und Toskanern zu einem neuen Staatsvertrag zu vereinigen; es sei eine Notwendigkeit für Italien, sich von allen feindseligen Elementen in seinem Innern frei zu machen, um die Nationalunabhängigkeit dauernd zu gestalten; die sicilianische Bewegung sei nur eine Fortsetzung derjenigen, welche der Krieg mit Österreich in Toscana und der Romagna mit Notwendigkeit herbeigeführt habe. Um endlich die Sicherheit im Innern der Insel zu befestigen, hat Garibaldi für die Dauer des Krieges in jedem Kreishauptorte eine aus einem Vorsitzenden, vier Richtern, einem Justizadvokaten und einem Kanzleisekretär bestehende Spezialkommission ernannt, welche nach dem Militärstrafgesetz und nach den vor dem 15. Mai 1849 in Kraft gewesenen Gesetzen über Vergehen einzelner Bürger abzuurtheilen hat. Die neapolitanische Regierung hat „offiziell“ bekannt gemacht (die offiziellen Depeschen aus Neapel sind jedoch sehr verbürgt), daß der Kaiser Napoleon dem Herrn v. Martino die Sicherung ertheilt habe, die französische Regierung werde die Einverleibung Siziliens in Sardinien so wenig anerkennen, wie sie die Einverleibung Toscana's anerkannt habe. Selbst wenn der Kaiser sich wirklich so gnädig hätte, was der „Indépendance“ noch keineswegs als ausgemacht gilt, so ist damit die Nachricht von dem Scheitern der Mission des Herrn v. Martino nicht widerlegt, und der Trost überhaupt nur gering. Aus dem Schreiben eines Freiwilligen vom „Oregon“, der bei der Expedition unter Medici beteiligt war, erfahren wir manchen ergriffenden Zug patriotischer Hingabe. So wird unter Anderem auch von einem Venezianer erzählt, welcher als Freiwilliger mit nach Palermo ging; derselbe ist Vater von sechs Söhnen, die sämtlich als Freiwillige auf Sizilien unter Garibaldi fechten, und denen der Alte sich nun als siebenter Kämpfer anschließt. Ein junges Mädchen stellte sich, als das Schiff in See war, dem Obersten Medici vor; sie hatte sich in Männerkleidern aufs Schiff geschmuggelt, um zur Verbeflagung ihres verwundeten Bruders mitgenommen zu werden. Schließlich wurde ihr als „Marketenderin“ die Überfahrt zugestanden, und ihr eine besondere Rücksicht bewilligt. Auch der Ritter Joseph Rossi, Professor der Mathematik, war an Bord; derselbe lebte seit Jahren in Tunis und war nach Turin gegangen, um sich als Ingenieur Garibaldi anzubieten. — Man will in Paris wissen, daß Garibaldi nur so thue, als wolle er Messina angreifen; in der That habe er es aber auf das Festland abgesehen.

### Spanien.

Madrid, 23. Juni. [Marine.] Die amtliche Zeitung meldet, daß das See-Ingenieurkorps werde künftig aus 3 Brigadiers, 4 Lieutenanten, 10 Fregattenkapitänen, 25 Lieutenanten und 17 Seeladetten bestehen.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 17. Juni. [Adresse des Adels von Vladimir und die Antwort des Kaisers.] Eine vom Januar d. J. datirte Adresse des Adels von Vladimir an den Kaiser gab eine Kritik der bureaukratischen Verwaltung des heutigen Russland. Es hieß am Schlusse:

„Bisher konnte eine solche Ordnung der Dinge wohl bestehen, weil ein Land, in dem das Leibeigenrecht existiren durfte, keinen richtigen Begriff von Recht haben konnte; allein mit der Aufhebung dieses Rechtes sind verständige und einmütige Mitwirkung der Ortsgemeinden bei den Regierungszwecken und strenge Ausführung des Gesetzes eine Notwendigkeit geworden, die unerlässlich sowohl zum schnellen Fortschritt der Reform selbst, wie auch zur Errichtung der besonders wohltägigen Ziele Ew. Kaiserl. Majestät, ohne welche die bestreiten Bauern, des Schuhes ihres Gutsberrn verbraucht, bei völliger Abwesenheit der Gerechtigkeitspflege und Verantwortlichkeit der Amts Personen noch bei Weitem größerer und unerträglicher Abhängigkeit und Willkür der Beamten anheimfallen und dadurch alle Achtung vor dem wirklichen Rechte verlieren können. Allergnädigster Kaiser! Der Adel hält es für seine heilige Pflicht, dem Allergnädigsten Einblick Ew. Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten, daß zur friedlichen und gedenklichen Erledigung der Liebenden Reform und zur Verwirklichung ihrer wohltägigen Absichten innigsten und tieffesten Überzeugung unerlässlich notwendig ist, daß der Administration richtlicher und politisch Verwaltung für alle Stände. 3) Eine gewählten Pr. aber die ord-

nist lediglich im reinen Präventivsinne, und die nur auf Grund des Gesetzes handelt. 5) Deffentliches und mündliches bürgerliches Gerichtsverfahren; Deffentlichkeit des Kriminal-Gerichtsverfahrens nach Gewissen und Gesetz, d. h. Geschworengerichte. 6) Unmittelbare Verantwortlichkeit aller und eines jeden vor Gericht. 7) Persönliche Verantwortlichkeit der Beamten für Nichterfüllung ihrer Amtspflichten, ohne das Recht, sich auf die Vorchristen ihrer Vorgesetzten verufen zu dürfen. 8) Ergreifung neuer, sicherer und strenger Maahregeln zur Unterstützung des Privat- und des Staats-Kredits. Auf diesen Grundlagen erlaubt sich der Adel von Vladimir allerunterthänig die beabsichtigten Aenderungen zu erbitten, die bei dem neuen Leben des russischen Volkes für alle Stände unerlässlich sind. Allergnädigster Kaiser! Sie haben, der Erste, dieses Leben im Volke geweckt! Bei Ihrer Seelengröze haben Sie die Gefüße Ihrer treuen Untertanen begreifen. Mit tiefster Erfürcht haben wir das Glück u. s. w.“

Die Antwort des Ministers des Innern, Lanskoi, auf diese Adresse lautet:

„Se. Majestät der Kaiser haben erhalten und mit äußerster Unzufriedenheit die von den früheren sowohl Gouvernementen- als Kreisabsatz-Marschällen und mehreren Adeligen von Vladimir unterzeichnete Bittschrift gelesen, durch die sie um radikale Reform verschieden Theile der kaiserlichen Verwaltung ersuchen. Diese Bittschrift ist voll von unschöntlichem Tadel der jetzt bestehenden Ordnung und Organisation der Regierung durch unbegründete Vorwürfe, als würden alle Gemeinden von Leuten verwaltet, die deren Interessen fremd und vor dem Gesetze unverantwortlich sind, und endlich durch Beschuldigung der Oberbehörden wegen vollständiger Willkür; sie enthält ferner Befordern, welche die dem Adel durch unsere Gesetzbestimmungen verliehenen Privilegien überschreiten. Ist etwa die Leibeigenchaft nicht auch ein Ausfluss des Allerhöchsten Willens des Caesars Godunow und ein durch Jahrhunderte bestehende Gesetzbestimmung sanktionsloses Institut? und doch wird es aufgegeben. Kein Gesetz gestattet dem Adel, bei seinen Versammlungen Fragen zu diskutieren, welche die allgemeine Staatsorganisation betreffen, um so weniger aber Beleidigung einer Einigung. Wollte man derartige Einigung des Adels dulden, so hieße das seiner Ansicht und seiner Beurtheilung Interessen und Bedürfnisse nicht nur des Adels anderer Landeschaften Russlands, sondern aller anderen Stände unterordnen. Von diesem Gesichtspunkte herachtet, ist das in der Bittschrift des Adels von Vladimir ausgeschlagene Verlangen dem Geiste unserer Staatsorganisation zuwider und kann nicht gebuhdet werden. Die an der Unterstiftung beteiligten Adeligen hätten sich nicht erlauben sollen, eine derartige Bittschrift einzureichen. Sie von diesem unerlaubten Thun abzuhalten, war die unmittelbare Pflicht des gewesenen Gouvernement-Marschalls D. S. S. Bogdanow, was er indeß nicht nur nicht getan, sondern im Gegenteil, als der Erste durch seine Unterschrift Beispiel und Veranlassung den Andern zur Unterzeichnung der Bittschrift gegeben hat. Für diesen gesetzwidrigen Schritt hat Se. Maj. der Kaiser zu befehlen geruht: dem Gouvernement-Marschall Bogdanow durch den Gouvernement-Chef eine strenge Klage und allen Kreismarschällen, welche unterschrieben haben, eine strenge Ermahnung zu erteilen.“

### Dänemark.

Copenhagen, 25. Juni. [Preßstimmen über Dänemarks Lage.] Die „Berlingske Tidende“, welche sich seit langer Zeit gegen die Belagerung der zwischen Deutschland und Dänemark schwedenden Differenzen enthalten hat, bringt in ihrem neuesten Blatte einen „die Situation“ überschriebenen und mit I. bezeichneten Leitartikel, in welchem sich sichtlich die Furcht geltend macht, daß es binnen Kurzem zu einem zweiten Kriege mit Deutschland kommen werde. Sind wir, fragt nun die „Berlingske Tidende“, auch in der Lage, dem Feinde begegnen zu können? Hat unsere Marine die nötige Anzahl gut armirter und schnellsegelnder Dampfschiffe? Ist die so dringend nötige Neorganisation unserer Armee bewerkstelligt worden? Sind unsere Vertheidigungsstellungen, sind insbesondere die wichtigsten Punkte befestigt worden? Ist unser Kriegsmaterial in gehörigem Zustande, und ist dasselbe in hinreichender Menge vorhanden; sind wir namenlich mit guten Waffen versehen? Auf alle diese Fragen antwortete das genannte Blatt mit Nein! Nein! und abermals Nein! Es fordert daher die beiden Kriegsminister auf, schleunigst mit der Neorganisation der Armee und der Marine vorzugehen und namentlich „gezogene Kanonen“ anzuschaffen. — Auch „Faedrelandet“ bringt einen allarmirenden Artikel, in welchem es sich zunächst bemüht, dem „Spießbürgerthum“ darzuthun, daß der alte Glaube von der ungeheuren Wichtigkeit, welche der Fortbestand der dänischen Monarchie für die europäischen Großmächte habe, nichts als ein leerer Wahnsinn sei. Keine Großmacht, führt „Faedrelandet“ aus, sei an dem Fortbestand Dänemarks dermaßen interessirt, um seinemwegen sich in einen Krieg mit Deutschland zu stürzen; auch der Glaube, daß keine Großmacht Deutschland den Besitz des Kieler Hafens, der als Marinestation für eine deutsche Flotte allerdings fast unentbehrlich und außerdem als Schlüssel zur Ostsee von einer ungeheuren Wichtigkeit sei, werde gönnen wollen, sei durch nichts zu begründen. Wahrschafft allerdings, daß Deutschland, um in seine Flottenstation begründen zu können, auch das südliche Schleswig haben müsse; aber selbst wenn Deutschland ganz Schleswig, ja selbst die ganze Halbinsel besäße, so würde daraus noch immer nicht eine Gefahr für Nusland erwachsen, und Letzteres sei daher auch keineswegs in seinem eigenen Interesse gezwungen, sich stets ohne Weiteres Dänemarks anzunehmen. Nusland habe überhaupt nichts von Deutschland zu befürchten, und könnte im Fall einer Theilung Dänemarks sich das gerade für Nusland so äußerst wichtige Bornholm, von wo aus es nach Nügen, Carlskrona und Kiel Aussicht halten könnte, ausbedingen. Auf England wagt „Faedrelandet“ noch weniger zu rechnen, und selbst in der momentanen Freundschaft Napoleon's glaubt es durchaus keine Garantie, auch nur für die nächste Zukunft, erblicken zu dürfen; jedenfalls müsse Dänemark sich nicht absolut von dem Willen oder dem Schicksale des Kaisers abhängig machen. Das einzige Mittel, einer solchen Abhängigkeit zu entgehen, sei aber ein Bündnis mit den stammverwandten nordischen Völkern, um so mehr, da im andern Falle Schweden leicht darauf spekulieren könnte, daß ihm bei der Auflösung der dänischen Monarchie die seeländische Inselgruppe zufallen müsse. (Pr. 3.)

### Schweden und Norwegen.

Christiania, 22. Juni. [Zum Ministerium; Übernahmen.] Staatsrat Birch-Reichenwald, bis jetzt Mitglied der norwegischen Staatsräths-Abtheilung in Stockholm, tritt im Anfange Juli als Kultusminister in den hiesigen Staatsrat ein. Für ihn geht Staatsrat Riddervold nach Stockholm. — Seit dem Jahre 1789 erinnert man sich keines so hohen Wasserstandes und keiner so bedeutenden Überchwemmungen, als sie jetzt aus verschiedenen Theilen unseres Landes gemeldet werden.

### Türkei.

Konstantinopel, 16. Juni. [Die große Feuerbrunst.] welche legten Sonntag von früh 9½ Uhr bis gegen Abend in Stambul mehr als 2000 Gebäude in Asche legte, ist seit mehr als 20 Jahren die erste von solchem Umfang, und bei den obwaltenden Umständen ist es sehr wahrscheinlich, daß die Brandstätte von den heimgesuchten Eigentümern nicht wieder angebaut wird. Von der Ausdehnung des Brandes kann sich jeder,

der mit der Topographie Stambuls bekannt ist, einen Begriff machen, wenn er erfährt, daß das Feuer alle Gebäude, vom Universitätsgebäude an (hart an der Aja Sofia), den Atmaidan entlang, bis zur Propontis hinab, eine viertel Quadratmeile im Umfange, in Ruinen verwandelt hat. Unter den zerstörten historischen Gebäuden verdient namentlich der alte Palast Konstantins erwähnt zu werden, während von modernen öffentlichen Gebäuden 4 Moscheen und 4 große und prächtige Bäder Schutthäuser sind. Abgebrannt ist auch der Palast Ethem Pascha's, aus welchem die fliehenden Weiber und Diener nichts als die Kleider auf dem Leibe retten konnten, ferner der von Holz erbaute Palast Mahmud Pascha's, bei dessen neu erbautem steinern das entfesselte Element erst seine Grenze fand. Welche tiefgehende Aufregung dies Unglück hervorruft, läßt sich bei der gänzlichen Stödung jedes Geschäfts, aller Arbeit ermessen, da überdies die Gehalte der Beamten und des Militärs seit 5 Monaten rückständig, und keine Hoffnung auf baldige Auszahlung vorhanden ist. Es sind über 80 Hane zerstört, und viele andere reich gefüllte Waarenlager ein Raub der Flammen geworden. Bereits wird Alles aufgeboten, um den Unglückslichen zu Hülfe zu kommen und den Schaden, der auf ungefähr 70 Millionen berechnet ist, einzermachen zu ersehen. Unter Anderm hat die deutsche Gesellschaft „Teutonia“ für nächsten Donnerstag ein Vocal- und Instrumentalkonzert zum Besten der Abgebrannten angekündigt.

[Verhaftung; die Ereignisse im Libanon; fremde Kriegsschiffe u. c.] Aschir Bey, Kaimakam von Borna, den der Großbezirk der Steuererpressung schuldig befunden und sofort arretirt hatte, ist gefesselt hier abgefertigt worden. — Letzen Sonntag erschienen urplötzlich ganz unangemeldet bei Fuad Pascha der russische und der französische Gesandte, um sich Ankunft über Beyrut und Aleppo zu erbitten. Am Dienstag kam Fürst Cabanoff nochmals, um zu fragen, wie sich das mit den russischen Agenten verhalte, welche man in Rumelien verhaftet habe. Die Diplomaten werden selber am besten wissen, wie die Geschichte am Libanon zusammenhängt, und wie unverschämt die russischen Agenten in Rumelien hezen und putschen. Es ist doch wohl überflüssig, daß Fuad Pascha ihnen das noch ähnlich bescheinigt. — Trotz aller Finanznot wird an der Ausrüstung der Armee mit Aufsicht aller Kräfte gearbeitet, leider aber noch immer versäumt, den Sold regelmäßig auszuzahlen. Die Truppen in Arabistan haben z. B. jetzt 28 Monate lang keinen Sold bekommen. — Am 20. Juni befinden sich auf der Rhede von Beyrut folgende fremde Kriegsschiffe: die französischen „Zenobia“ und „Glaire“, die russische Dampfsfregatte „Muronek“, die griechische Korvette „Salamina“ und die griechischen „Avios“, „Aphroessa“ und „Paralos“, endlich die englische Fregatte „Orion“. Uebrigens war am 16. Juni von Malta aus auch der „Ermouth“ nach Beyrut abgegangen. — Das englische Geschwader des Vizeadmirals Martin ist am 16. Juni von Malta nach der Besica-Bai abgesegelt. Es besteht aus fünf großen Schiffen: „Marlborough“ (Flaggschiff), „Dreen“, „Cressy“, „James Watt“ und „St. Jean d'Are“. — Verlorenen Sonntag half bei einer in der katholischen h. Geistkirche am großen Campo abgehaltenen Prozession eine Abtheilung türkischer Soldaten mit Musik die christliche Heiligkeit verherrlichen. — Die moldauische Kammer hat in ihrer Erwiderung der Rede, mit welcher sie vom Fürsten Cousa eröffnet worden war, die Gründe angegeben, aus denen das abgetretene Ministerium von dem neuen in Anlagestand verlegt wird, eine Maahregel, welche Gegenstand eines sehr ausführlichen Berichtes ist, den sämtliche Mitglieder des neuen Cabinets unterzeichnet haben. Die Alte der früheren Regierung werden in diesem Berichte als willkürliche und verfassungswidrig, der Fürst aber als außer Verantwortung stehend bezeichnet. — Brüssel, 12. Juni. [Erdbbenen.] Die Erde zittert unter unseren Füßen, die Erdstöße folgen einander immer stärker. Der größte Theil der Bevölkerung hat bereits die umfassendsten Vorsichtsmaahregeln getroffen, und Hunderte von Familien leben unter Zelten in den Gärten. In der Nacht vom 9. die Stöße dauern bereits seit dem 3., waren die wellenförmigen Stöße ungemein stark und von einem dumpfen unterirdischen Sausen und Donnern begleitet, so daß sich der Bevölkerung panischer Schrecken bemächtigte. Ungeheure Erd- und Felsmassen von mehreren tausend Kubikfuß, hundertjährige Waldungen mit sich fortziehend, stürzten die letzten Tage mit schrecklichem Getrage in die Thäler nieder. Glücklicherweise hat man bis jetzt noch nichts von Verlusten an Menschenleben vernommen, und auch hier in der Stadt beschränkt sich der Schaden vorläufig auf mehrere klaffende Häusermauern.

### Afien.

Java, 8. Mai. [Telgr. Notizen.] Die Telegraphenverbindung zwischen Batavia und Muntok, Muntok und Singapore, ist unterbrochen. — Gegen tausend Bergbewohner auf Timor griffen das Fort Sagantuka an, wurden jedoch zurückgeschlagen. — In hiesigen Archipel zeigen sich wieder Piraten.

### Vorales und Provinzielles.

Posen, 28. Juni. Der Oberpräsident v. Bonin wird nicht, wie früher bestimmt, schon zu Anfang, sondern erst um die Mitte des künftigen Monats eintreffen, um alsdann seinen dauernden Wohnsitz in unserer Stadt zu nehmen.

R. Posen, 28. Juni. [Die diesjährige Pferderennen] werden hier am nächsten Montag und Dienstag, d. 2. und 3. Juli stattfinden und jedesmal Nachmittags 4 Uhr beginnen. Karten zur Tribüne, so wie zum geschlossenen Raum vor derselben, sind zu den bekannten Preisen bei dem Schatzmeister des Vereins, Kaufmann Magnuszewicz, bis eine Stunde vor dem Anfange der Rennen und später auf dem Rennplatz selbst zu haben. Am ersten Tage kommen folgende Rennen vor: 1. Großrennen um den silbernen Pokal der Stadt Posen. 2. Fortdauerndes Zuchtrennen um den Staatspreis von 300 Thlr. 3. Hack-Stakes, die Theilnehmer geben dem Sieger aus den Einstäben ein Diner, aus dem Preis einen Ehrenpreis. 4. Großes Handicap um den Staatspreis von 400 Thlr. 5. Hurdle-Race, auf 500 Ruten, mit 3 oder 4 Hürden. 6. Hurdle-Race, auf 1000 Ruten, mit 6 Hürden. 7. Verkaufsrennen um den Staatspreis von 250 Thlr., von denen der Sieger neben den Einstäben und Reugeldern die eine, Inhaber des gezogenen Loses die andere Hälfte erhalten. — Am zweiten Renntage: 8. Rennen von in der Provinz gezüchteten Pferden (Fortsetzung in der Beilage).

um den Vereinspreis von 250 Thlr. 9. Kleines Handicap um den Staats- und Vereinspreis von 150 Thlr. 10. Fortdauerndes Offizierrennen um einen durch Subskription aufzubringenden Preis, wozu der Verein einen Zufluss von 20 Thrd. giebt; propo-nirt von Lieut. Kuhlwein. 11. Bauernrennen, der Sieger erhält 40, das zweite Pferd 20 Thlr. 12. Hack-Stakes, proponirt vom Fürsten Sulimowski. 13. Handicap für die in diesem Jahre auf der Bahn geschlagenen Pferde um einen Vereinspreis von 20 Thrd. 14. Steeplechase, etwa 4 engl. Meilen, um einen durch Subskription aufzubringenden Preis, zu dem der Verein 20 Thrd. Zuschuß gewährt; Proponenten: v. Bethmen-Hollweg (Nunowo) und Graf Kwieck.

— Die Generalversammlung der Aktionäre findet am 3. Juli Vormittags 9 Uhr in Mylius' Hotel statt und sollen Abänderungen der Statuten zur Berathung kommen.

S — [Leichenfeier.] Gestern Abends 7 Uhr ward die entseelte Hülle des verewigten Generalarztes Dr. Ordelin feierlich bestattet, und diese Bestattung befundet auf's Unzweideutigste, wenn es dessen noch erst bedurf hätte, welcher ungeheilten Liebe und Verehrung der Heimgegangene als überaus geschickter, erfahrengreicher Arzt, als Menschenfreund in seinem schweren Berufe, wie als liebenswürdige Persönlichkeit in allen Kreisen sich erworben. Ein in seiner Art unbezweifelt genialer Arzt, eine Autorität auf dem Gebiete der praktischen Heilkunde ist mit ihm zu Grabe getragen. Nachdem im Sterbehause vor den Leidtragenden und einer zahlreichen Trauerversammlung der Divisionsprediger Litz-Strauß die Gedächtnisrede gehalten, setzte sich der große Leichenzug in Bewegung. Voran das Musikkorps der Artillerie, wie denn auch Unteroffiziere dieser Waffe den Leichenwagen umgaben, um die entseelte Hülle vom Friedhofsthore bis zu ihrer Ruhestätte zu tragen. Die Orden des Verstorbenen wurden dem, mit Helm, Degen und Paulettes und einem reichen Blumenschmuck dekorierten Sarge vorangetragen. Hinter demselben gingen die nächsten Leidtragenden, die Schwiegersöhne u. c. des Verstorbenen, geführt vom Gen. Sup. Dr. Granz und Div. Pred. Strauß, und an sie schlossen sich die Generalität, die Offizierkorps der Garnison aller Waffengattungen, die Militär- und Zivilärzte der Stadt, die hier ansässigen Kämpfer aus den Befreiungskriegen, zu denen ja auch der Heimgegangene gehörte, an ihrer Spitze der Provinzialsteuerdirektor v. Massenbach, die Spitzen und Mitglieder der königlichen und städtischen Behörden (wir bemerkten unter ihnen die Präsidienten v. Mirbach, Graf Schweinitz, v. Bärensprung, den Oberbürgermeister Geh. Rath Naumann, Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Tschudicke u. c.) und eine unzählbare Menge von Freunden und Freunden des Verstorbenen aus allen Ständen, Nationalitäten und Bekennissen. Alle vereint in dem einen Gefühl der dankbaren Liebe und Verehrung, welche der Dahingeschiedene in einer fast vierzigjährigen gesegneten Wirksamkeit hier sich erworben. Eine große Zahl von Equipagen schloß den Zug. Tausende von Menschen bedeckten die Straßen, durch welche der erste Zug sich bewegte, alle Fenster waren dicht belebt; die Beilenahme gab im ausgedehntesten Maße sich kund. Auf dem Militärfriedhofe ward die sterbliche Hülle unter den feierlichen Klängen eines Chorals in die Gruft gesenkt, Div. Pred. Strauß hielt die Grabliturgie, und ein Choralvers schloß die schmerzhafte Feier.

Grätz, 26. Juni. [Schulfest.] Vor einigen Tagen feierte die hiesige allgemeine Bürgerschule ihr Schulfest. Auch diesmal ging der Zug nach dem ammuthigen Buchenwalde von Kurwo, voran ein Musikkorps und weit über 300 mil. Blumensträuße und Kränze geschmückt Mädchen, sodann ein zweites Musikkorps und eine nicht minder lange Reihe von Knaben, die, in Kompanien getheilt, von ihren Dirigenten geleitet wurden und sämtlich mit buntbewimperten Läufen gerüstet waren. Zwölf große Fahnen in den verschiedensten Farben ließen den Zug recht statlich erscheinen. Auch ein jungendlicher Tambourmajor mit seinen Tambours und eine Trainföslone fehlten nicht. Von ganz unscheinbaren Anfängen ausgehend, haben unsere Schulfeste sich nach und nach zu schönen Volksfesten entwickelt, zu Seften, wie sie wohl nur wenige Orte unserer Provinz aufweisen können. Jung und Alt, Arm und Reich zog, theils zu Fuß und theils zu Wagen mit hinaus, promenire, während die beiden Musikkorps abwechselnd spielten, in dem ammuthigen Grün des Buchenwaldes und erfreute sich an den jugendlichen Spielen und gymnastischen Übungen, die in bunter Manichäitheit abwechselten, und an denen sich auch viele Erwachsene beteiligten. Das allgemein anprechende Fest, das auch aus den Nachbarstädten viele Gäste angelockt hatte, verließ in ungetrübter Heiterkeit und endete erst am späten Abend. Unter Musik und Jubel fehrte die wogende Menschenmenge nach Grätz zurück. (Schl. 3.)

< Elisa, 27. Juni. [Erhöhte Fahrpreise; Abschiedsmahl.] Bei Aufstellung des Personeldraufs auf kleinere Straßen und Zwischenstationen der oberösterreichischen Bahnen, folglich auch der Posener-Breslauer, ward bis jetzt der Grundtag festgehalten, daß Entfernung unter  $\frac{1}{2}$  Meile nicht,

jede Entfernung über  $\frac{1}{2}$  Meile als eine volle Meile angerechnet und bezahlt wurde. Dies liegt vollkommen in der Billigkeit, nur wenn die Bahnverwaltung auf der einen Seite Ausfälle erleidet, so kompensiert sich diese durch das Plus des Personengeldes auf anderen Stellen. Daß billigere Fahpreise ein Mittel für das Publikum bilden, sehen wir ja überall dort, wo durch Ausgabe von Tagesscheinen solche demselben geboten werden. Aus unbekannten Gründen scheint nun aber die Oberösterreichische Bahnverwaltung von der früheren Rücksichtnahme abgehen zu wollen, indem sie vom 1. Juli ab die Fahpreise für alle Straßen und Zwischenstationen erhöht, die bisher dadurch eine Begünstigung gefunden, daß die Entfernung zusätzlich weniger als  $\frac{1}{2}$  Meile betrug. Die Entfernung von hier nach Reisen und ebenso von Reisen nach Bojanowo z. B. betrug 1 $\frac{1}{2}$  M.; auf beiden Strecken wurde bis jetzt nur je 3 Sgr. Personengeld gezahlt, direkt von hier nach Bojanowo aber 9 Sgr. Zu eigenmütiger Ausbeutung konnte vom reisenden Publikum dies nicht füglich benutzt werden, etwa in der Weise, daß wennemand von hier nach Bojanowo reise, er ein Billet nach Reisen nahm und dort ein zweites mit demselben Zuge wieder nach Bojanowo löste; in diesem Falle würde er allerdings im Ganzen nur 6 Sgr. bis Bojanowo gezahlt haben, und dies wäre ein offensichtlicher Missbrauch und eine Beeinträchtigung der Bahnfafe. Da der Aufenthalt in Reisen jedoch nur 1 Minute währt, so möchte kaum für einen Passagier die Zeit gelassen sein, ein zweites Billet zu lösen, er müßte denn vorher an einen Bekannten in Reisen schreiben und diesen veranlassen,  $\frac{1}{2}$  Meile weit nach dem Bahnhofe zu gehen, oder zu fahren, damit 3 Sgr. auf der Tour bis Bojanowo, oder weiter bis Breslau, erpaft würden. Weßhalb wird also plötzlich das Personengeld für noch nicht  $\frac{1}{2}$  Meile betragende Strecke, von 3 auf 5 Sgr. erhöht? Ob die Bahnfafe dabei große Überflüsse erzielen werde, steht sehr zu bezweifeln; wenigstens glauben wir diesen Zweifel für die Entfernung von hier nach Reisen, die meist nur zu Ausflügen benutzt wird, vollkommen begründet. — Der hiesige Geselligkeitsverein gab dem zum 1. Juli nach Magdeburg in eine höhere Stellung rückenden Obersteuerkontrolleur Baumüller an Sonnabend ein Abschiedsmahl, das auch in andern Kreisen große Theilnahme innerhalb aller Schichten der Oberschicht gefunden haben würde, wenn die Lokalität eine größere Ausdehnung gestattete. Der Scheindienst gehört zu den populärsten und beliebtesten Persönlichkeiten des hiesigen Beamtenstandes, ohne daß er je seiner dienstlichen Stellung etwas vergeben.

□ Schmiegel, 27. Juni. [Markt; Ernte.] Noch nie hat man hier wohl so viel Hornvieh aufgetrieben gesehen, als am vorigestrigen Markt; man sieht die Zahl auf gegen 3000 Stück schätzen. Der Umsatz war ziemlich lebhaft; die Preise aber im Verhältniß zu den jüngst in den Nachbarstädten stattgehabten Märkten auffallend geringer. An Pferden und Schwarzwieh wurden weniger gekauft, und auch bei diesen in großer Anzahl vorhandenen Thiergattungen wurde ein Sinken des Preises wahrgenommen. — Die Rapsrente ist bei günstigem Weiter der letzten beiden Tage beendet, und man ruht den Kleebau am Körnerertrag. Bedeutend Quantitäten waren nach dem Mähen dem Regen weiter ausgezogen, und die dann eingetretene Sonnenhitze hat das Aufspringen der Schoten zur Folge gehabt; darum ist beim Einfahren außerordentlich Vieles ausgefallen. — Die Getreidepreise haben sich auf der früheren Höhe erhalten; man zahlt für den Scheffel guten Roggen 2 Thlr., in etwa 14 Tagen werden wie wohl schon neuen Roggen auf dem Markt stehen.

E Unruhstadt, 27. Juni. [Markt; Ernte.] Der gestrige Markt war zwar mit Pferden und Vieh aller Gattungen ziemlich belebt; es herrschte aber nicht die geringste Kauflust, was nicht nur der überall herrschenden Geldnot, sondern auch dem Umstände zugeschrieben ist, daß an demselben Tage in dem nur einige Meilen entfernten Beuthen a. O. ebenfalls Markt war, und die schlesischen Käufer, die sonst hier zahlreich vertreten sind, diesmal ausblieben. Die Ausfuhren auf eine ergiebige Getreideernehrung wirkten bereits auf die Preise. Die bis jetzt bewilligten Preise von 2 $\frac{1}{2}$  — 2 $\frac{1}{2}$  Thlr. pro Scheffel drogen, worauf die Verkäufer auch zu Anfang des Marktes noch barbarten, ermäßigten sich später, trotzdem der Markt nicht sehr stark befahren war, auf 1 $\frac{1}{2}$  Thlr. — Die Erntezeit findet, vom schönen Weiter beginnend, überall statt. Ein sehr großer Theil der Vorräthe ist bereits geborgen. Neben den ergiebigen Ertrag herrscht nur eine Stimme.

E Grätz, 26. Juni. [Grundsteinlegung zum Seminar.] Gestern erfolgte in feierlicher Weise die Grundsteinlegung zu dem hiesigen bereits begonnenen Hauptgebäude des kathol. Schullehrerseminars, der eine kirchliche Feier in der Klosterkirche vorherging, während sie auch wieder mit einer solchen dort beobachtet wurde. Um 10 Uhr früh begann die Feier mit einer von der hiesigen Kapelle aufgeführten Kirchenmesse, während welche sich die Behörden und die Geistlichkeit in der Kirche einfanden. Die Gefäße zur Messe wurden von der Mehrzahl der anwesenden kath. Lehrer vierstimmig, unter Leitung des Lehrers Tomaszewski aus Gollancz, ausgeführt. Die Kanzelrede wurde vom hiesigen Probste Pluczkowski in polnischer Sprache gehalten und in derselben auf die Bedeutung der Grundsteinlegung zu diesem Gebäude, wie auf die Wichtigkeit des Lehrerberufes, hingewiesen. Dann wurden noch einige vierstimmige Gesänge und vor dem Hauptaltare von den Lehrern das Credo gesungen, und darauf bewegte sich in feierlicher Prozession der Zug um 12 Uhr nach dem Seminarplatz. Voran kamen sämtliche erzielene Lehrer und die Schuljugend der Parochie, hierauf die beiden kath. Ortslehrer, vier Schulkinder aufrend, welche auf einem Kissen die deutsch und polnisch abgefaßte Urkunde trugen, dann 15 kath. Geistliche, in deren Mitte Reg. Präsid. v. Mirbach aus Posen, als Stellvertreter des Oberpräsidenten, Reg. Präsid. v. Schleinitz, ferner Schulrat Repilly und der Reg. Baurat aus Bromberg, der Landrat, die Baubeamten, der Magistrat und die Stadtverordneten, mehrere Gutsbesitzer der Umgegend und eine große Menschenmenge. Bis zum Seminarplatz war die vom Marte aus dorthin führende Straße zu beiden Seiten, mit dem schönsten Birkengesträuch besetzt, das angefangene Mauerwerk des Seminargebäudes, wie die Rüststangen, mit Laubgewinden, Kränzen und Blumen geschmückt und verziert, und hoch oben wehten große preußische Banner. Als der Zug dort angelommen war, begab sich die Geistlichkeit zu dem hinter dem Grundstein errichteten Altar, und Schulrat Repilly verlas zuerst in deutscher, dann in polnischer Sprache die Urkunde. In derselben ist u. a. erwähnt, daß Grätz deshalb für das Seminar gewählt worden, weil es gerade der Mittelpunkt des Regierungsbezirks sei; daß der auf nahe an-

90,000 Thlr. veranschlagte Bau im Hauptgebäude 124 Fuß lang und 53 Fuß tief sei und außer dem Kellergeschoss drei Stockwerke erhalten sollte. Von diesem Bau vollendet sein, der außer den Lehrern und Beamten für 75 Böblinge Unterrichtssäle und Wohnung gewährt. Als dies Dokument nebst verschiedenen Beigaben an Münzen in den gerade unter dem Haupteintrance liegenden Grundstein gelegt, und dieser geschlossen worden, trugen die Lehrer wieder einen vierstimmigen Gesang vor, und nachdem Reg. Präsid. v. Schleinitz ein Hoch auf Se. Maj. und Se. L. Hoh. den Prinzregenten ausgesprochen, Reg. Präsid. v. Mirbach aber im Namen des Provinzialgutkollegiums über die fünfjährige Belebung des Gebäudes gehaltvolle Worte gesprochen, wurde der übliche Meisterspruch vom Bauführer Posener gesprochen, worauf von allen Anwesenden die üblichen Hammerkläge verrichtet wurden. Ein aermaliges vierstimmiger Gesang der Lehrer bildete hier den Schlüß, worauf es wieder in Prozession zur Kirche zurückging. Nach der kirchlichen Schlüßfeier begaben sich sämtliche 50 Lehrer, alle Geistlichen und die anwesenden Behörden und Gäste in den sehr geräumigen überbauten Prozessionsgang der Kirche, wo der hiesige Lehrer die ihm vom Schulrat Repilly übertragene Katechisation über die Bedeutung der Grundsteinlegung mit den Kindern zu halten hatte. Nach Beendigung der selben teilte Schulrat Repilly noch das Ergebnis seiner kürzlichen Revision von 26 Schulen des Schubiner Kreises mit und schloß mit einer Ansprache an die Lehrer, treu fortzuarbeiten, zugleich sich eine gefundene politische Gesinnung anzueignen und ihren Gemeinden in Allem ein Muster zu sein. Der Regierungsbereich nur 83 kath. Schulen gegeben, während jetzt derfelbe 248 mit 233 Lehrern habe, und seit der eingetretenen Verbesserung die Gehälter dieser Lehrer schon um über 17,000 Thlr. erhöht seien, was für jeden Lehrer durchschnittlich 46 Thlr. brächte im Regierungsbezirk, noch 83 Schulen von jenen neu errichtet worden. Auch Reg. Präsid. v. Mirbach richtete noch einige Worte an den Lehrer. Die kath. Geistlichkeit hatte sich unterdessen schon aus der Versammlung entfernt. An dem Festmahl nahmen gegen 100 Personen Theil, darunter sämtliche Lehrer u. c., während die lat. Geistlichen beim Probste speisten. Während des Festmales, das wegen Mangels an einem geeigneten Saal in drei aneinanderstoßenden Räumen serviert werden mußte, wurden Toaste auf Se. Maj. den König und Se. L. Hoh. den Prinzregenten durch Präsid. v. Mirbach, auf den Erzbischof durch Präsid. v. Schleinitz, die Regierungspräsidenten, die evangel. Geistlichkeit durch Schulrat Repilly, den Kultusminister durch Graf Zepenplitz, und viele andere ausgesprochen. Um 5 Uhr trennte man sich, worauf Präsid. v. Mirbach noch den Herrn v. Tressow auf Grocholin einen Besuch machte. Die Belöhnung der Lehrer war Seitens der k. Regierung erfolgt, den Wein für dieselben hatte Präsid. v. Schleinitz verabfolgen lassen.

### Strombericht.

#### Obernicker Brücke.

Am 27. Juni Holzflossen: 17 Tristen liefern Kanthölzer, von Scheidegger nach Gießen.

### Angekommene Fremde.

BONN 28. Juni. HOTEL DU NORD. Die Kaufleute Zimmermann und Lichtenegger aus Breslau, die Gutsb. Eickspitz aus Dobrojew und Wallnowski aus Rzecynow.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. v. Jasinski aus Witkowice, v. Tressow aus Polen und Straupe aus Pawlowice, Prem. Steuertnant im 2. (Leib-) Huf. Regt. v. Bastrow aus Lissa, Intp. Kummer aus Neugörg, Gutsb. Mich aus Zurezyn, Optiker Krebschner und die Kaufleute Sander, Rödiger und Meyer aus Berlin, Kaplan aus Hamburg, Neumann aus Würzburg, Hirschmann und Schulze aus Leipzig.

BAZAR. Probst Grodzki aus Dwinsk, die Gutsb. v. Breza aus Swiatkowo, v. Breza aus Uszkiwo, v. Rastrowski aus Plockowice, Czarinski aus Schwartau und v. Medzyzelski aus Wiatrowo, die Gutsb. Frauen v. Manowska aus Rudki und Illand aus Marwitz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsb. v. Jasinski aus Königsberg i. Pr. Gutsrächer v. Grudzielski aus Kopaszewo, Bankier Levy und Buchhalter Bachowitz aus Lissa.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Reg. Rath v. Bülow aus Brück, die Kaufleute Sander, Rödiger und Meyer aus Berlin, Kaplan aus Hamburg, Neumann aus Würzburg, Hirschmann und Schulze aus Leipzig.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsb. v. Bojanowski aus Gabczyn und v. Chrzanowski aus Chrzanowice.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Matlewicz aus Starzecyn und v. Czajkowski aus Szczecyn, Frau Rittergutsb. v. Możnowski aus Arczgowo, Probst Badurski aus Męcznik und Landchts. Boniteur Kurzynski aus Wongrowitz.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Nogalski aus Ostrobudki und v. Radziminski aus Bzialechowice, Rentier Kuczynski aus Berlin, Pastor Stöter nebst Frau aus Lüdens und Landwirth Scheidtmann aus Deutsch-Crone.

BUDWIG'S HOTEL. Müller Chlebowksi aus Gniezen, Geschwister Gierczyk aus Stenszwo und Kaufmann Krayn aus Niedewitz.

GOLDENES REH. Lehrer Raths aus Rogasen, Kaufmann Wolfsohn aus Lopienno, Riemermeister Krzywodzinski und Kaufmann Glinkiewicz aus Gniezen.

EICHENER BORN. Frau Kaufmann Jarczka aus Koło.

BRESLAUER GASTHOF. Haarfechter Fuhrer aus Leinewalde.

ZUM LAMM. Einwohner Goithauski aus Warschau.

DREI LILLEN. Kaufmann Knoll aus Grätz.

### Inserate und Börsen-Nachrichten.

#### Bekanntmachung.

Der Bau eines massiven Chausseehauses auf dem Posen-Obernicker Kreis-Chaussee zu Winiary, auf circa 1500 Thlr. veranlagt, soll minus Leitung in Ausführung gegeben werden, und habe ich hierzu auf Freitag den 6. Juli c. Nachmittags um 4 Uhr auf dem Landratsbüro hierherst. Termin anbietet. Geprüfte Maurermeister werden hierzu eingeladen, daß die näheren Bedingungen nebst Antrag an dem gedachten Tage Vormittags während der Amtsstunden eingesehen werden können.

Der Antrag bleibt vorbehalten.

Posen, den 22. Juni 1860.

Der Landrat v. Hindenburg.

#### Avis.

Veränderungshalter bin ich Willens, mein hierelbst in der frequentesten Straße und besten Geschäftsgegend belegenes, im besten baulichen Zustand befindliches Geschäftshaus von 3 Etagen, mit ausgebautem geräumigem Laden und sämtlichen Laden-Utensilien, worin ich seit einer Reihe von Jahren ein Tuch-, Herren- u. Damengarderobe-Geschäft mit Erfolg betrieben, empfiehlt sich durch seine herrliche, gefunde Lage, reizende Ausfahrt auf das Siebengebirge, elegante, allen Komfort bietende Einrichtung, freundliche, aufmerksame Bedienung bei billigen Preisen.

Bonn, im Mai 1860.

W. N. Stamm.

#### E. Hein,

Tapezier und Dekorateur.

#### Bonn am Rhein.

#### Grand Hôtel de belle Vue

am Ufer des Rheins, ganz nahe der Eisenbahn und dem Landeplatz der Dampfsboote, empfiehlt sich durch seine herrliche, gefunde Lage, reizende Ausfahrt auf das Siebengebirge, elegante, allen Komfort bietende Einrichtung, freundliche, aufmerksame Bedienung bei billigen Preisen.

Julius Mühlendorff

in Graudenz, Marienwerderstraße 8.

Das Informations- und Kommissions-Bureau des K. Molinski in Posen, gr. Gerberstr. Nr. 44, weist mehrere ganz große Güterverläufe und Pachtungen nach, auch sind mehrere kleinere Güter in der Nähe Posen zu verkaufen und zu verpachten. Noch sind einige gut empfohlene, tüchtige Wirtschaftsbeamten, Forstleute und Hauslehrer nicht versorgt. — Zwei Erzieherinnen werden gesucht.

Junge Damen werden bei mir in Pension lieblich aufgenommen. Mütterliche Sorg- dies dem hochgeehrten Publikum hierdurch anzeigt, bitte ich um geneigten Zuspruch, und ver spreche, daß ich, durch redliche und prompte Be dienung, inobediente aber durch scheinende Verhandlung der Wäsche, mich des mir gezeigten Vertrauens würdig beweisen werde. Auf Verlangen lasse ich die Wäsche abholen und schicke solche auch wieder zurück.

Posen, den 28. Juni 186

**Ausverkauf**

einer grossen Partie Topfgewächse, namentlich der beliebtesten Zimmerpflanzen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen bei

**Posen.**

**Heinrich Mayer,**

Kunst- und Handelsgärtner, Königsstrasse 6/7.

**Sommer-Pferdedecken und Chabracken**  
empfiehlt in grösster Auswahl und zu den billigsten Preisen

**Anton Schmidt.**

**Nigaer Säcke**

in der bekannten guten Qualität empfing und offerirt dieselben billigst

die Leinwand-, Decken- und Teppichhandlung

**S. Kantorowicz, Posen, Markt 65.**

**Firma 28. M. Lesser aus Gotha. Firma 28.**

Lager von Alltags-Bedürfnissen für Damen.

Als Beweis anfallender Billigkeit erlaube ich mir nur einiges anzuführen:  
Damentaschen, Cigarrentaschen, Portes  
monnaies,  
Eisengarn auf Karten, 12 Stück für 2 Sgr.,  
Waschknöpfe, das Dutzend von 3 Pf. ab,  
Schuhspitzen, das Dutzend für 1 Sgr.,  
weiße Morgenhauben, das Stück von 5  
engl. Stoffnadeln, 25 Stück für 1½ Sgr.,  
Sgr. an.

Mit diesen Preisen kann Niemand konkurrieren!

Stand: vis-à-vis der Bab'schen Eisenhandlung.

Fr. Tafelbutter so wie die beliebtesten guten  
Ulm. Sahne durch und durch gelb und  
nur gut sich schmecken lassen für die Herren Re-  
staurateure u. Herrschaften; ebenso neue Cir-  
touen u. Apfelsinen empfiehlt billigst

**Kletschhoff**, Krämerstraße 12.

Fr. Pechte heute Abend 6 Uhr bei Kletschhoff.

Mühlenstraße Nr. 10 ist eine  
freundlich gut möblierte Stube nebst Küche mit  
oder ohne Pferdestall sofort zu vermieten.

Bäckerstraße Nr. 11a, im großen Echause-  
n sind im 1. Stock 2 einzelne, freundlich mö-  
blierte Zimmer, auch mit oder ohne Pferdestall  
zu vermieten. Das Nähere im 1. Stock rechts.

**Hildebrand.**

Königsstraße Nr. 18 ist eine gut möblierte Wohnung, bestehend aus  
2 Zimmern, zu vermieten, und den 1. Juli zu  
beziehen.

**Julius Mühlendorff**

in Gründenz.

Ein rechtlicher solider Handlungs-Kom-  
mis kann in ein grösseres lebhafte Geschäft und  
unter sehr günstigen Bedingungen versorgt  
werden.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann R.

**Felsmann** in Breslau, Schmiede-  
brücke Nr. 50.

Ein solider brauchbarer Wirtschafts-  
schreiber kann eine recht günstige Stelle  
erhalten.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann R.

**Felsmann** in Breslau, Schmiede-  
brücke Nr. 50.

Ein solider brauchbarer Wirtschafts-  
schreiber kann eine recht günstige Stelle  
erhalten.

**F. Barleben.**

Königsstraße Nr. 2 ist eine möblierte Stube  
nebst Bürchengelaß, resp. mit oder ohne  
Pferdestall, vom 1. Juli a. c. zu vermieten.

1 möbli. Stube zu verm. St. Martin 75.

Magazinstr. 1, 1. St., 1. Juli, 1 m. St. z. verm.

(vom Tage der Bestellung ab gerechnet) franko

Barlebenhof.

find mehrere kleinere und gröbere Wohnungen,  
a 30 bis 90 Thlr., vom 1. Oktober a. c. zu be-  
ziehen, zu vermieten. Das Nähere darüber  
dagegen beim Eigentümer.

**R. Offene Stellen für Kaufleute,**

**Forstbeamte, Lehrer, Gouvernante,**

**Techniker** &c. überhaupt in den höhern Be-  
rufszweigen, finden sich in der regelmässig er-  
scheinenden „**Wochen-Zeitung**“ stets in grösster

Auswahl mitgetheilt. Das Blatt wird jedem

Abonnenten für 1 Thlr. einen ganzen Monat

im Stadttheater

Sonntag den 1. Juli 1860:

Große Vorstellung mit dem Hydro-

Oxygen Gasapparat

des Herrn Paul Hoffmann

vom 1. 1. priv. Josephstädter Theater in Wien.

1. und 2. Abtheilung: Die Bildung der Erd-  
oberfläche vom Urzang bis zum Auftreten des

Menschengeschlechts. 3) Abtheilung: Paul Hoff-  
mann's neu erfundene Photographien im Drum-  
mond'schen Lichte (plastische Landkarten). 4. Ab-  
theilung: Meteorologische, landschaftliche und  
architektonische Tableaux.

Das Nähere besagen die großen Anschlägejetz.

(V. u. H. 3.)

**Fonds- u. Aktienbörse.**

Berlin, 27. Juni 1860.

**Eisenbahn-Aktien.**

**Bank- und Kredit-Aktien und**

**Anteilscheine.**

Aachen-Düsseldorf 3½ b3

Aachen-Maastricht 4 16 b3

Amsterdam-Rotterdam 4 72 b3

Berg. Märk. Lt. A. 4 79 b3

do. Lt. B. 4 70 b3

Berlin-Anhalt 4 111 b3

Berlin-Hamburg 4 106 b3

Berl. Potsd. Magd. 4 133 b3

Berlin-Stettin 4 104 b3

Bresl. Schw. Kreis. 4 83 b3

Brieg-Reihe 4 54 b3

Cöln-Grefeld 4 —

Cöln-Minden 3½ 131 b3-32 b3

Cöln-Dörp. (Wilh.) 4 35 b3

do. Stamm-Pr. 4 —

do. do.

Böbau-Zittauer 5 —

Ludwigsburg. Verb. 4 124 b3

Magde. Halberst. 4 192 b3

Königs. Priv. do.

Magde. Wittem. 4 34 b3

Mainz-Ludwigsb. 4 99 b3

Meclemburger 4 46½ b3 u. B

Münster-Hammar 4 88 b3

Neustadt-Wiesbaden 4 4½ b3

Niederschl. Märk. 4 92 b3

Niederl. Zweibr. 4 —

do. Stamm-Pr. 4 —

Nordb. Fr. Wilh. 5 48 b3 bz u. G

Oberschl. Lt. A. u. C. 3½ 126-28 b3 u. B

do. Litt. B. 3½ 115-16 b3

Dest. Franz. Staat. 5 135-36 b3

Doppel. Tarnowitz 4 33 b3

Pr. Wlh. (Steel-B.) 4 —

Die heutige Börse war durchweg fest und in einzelnen Effekten wurden erheblich höhere Kurse bezahlt.

Breslau, 27. Juni. Sehr günstige Stimmung bei bedeutendem Geschäft und teilweise höheren Kursen.

Schlesische Kreisbörse. Deutfchliche Kredit-Bank-Aktien 73 bz.

Schlesische Bankverein 76 bz. u. Gd.

Wilhelms-Nordbahn — ditto Prior. Oblig. 85½ Gd.

Wilhelms-Nordbahn — B. ditto Prior. Oblig. 86 Gd.

Wilhelms-Nordbahn — B. ditto Prior. Oblig. 93½ Gd.